

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2 60 M.  
Im voraus zahlbar. Postbezug 4 32 M.  
einjährlich 50 Pf. Postbestellungs- und  
72 Pf. Postbestellgebühren. Zustands-  
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt  
und Zeit“ und „Kinderland“, Ferner  
„Unterhaltung und Witz“, „Frauen-  
stimme“, „Tehuit“, „Bild in die  
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration  
des „Vorwärts“ auf die Arbeiter-  
welt, die „Kleinanzeigen“ des ein-  
seitigen „Vorwärts“ (zwei bis drei  
mal wöchentlich), jedes weitere Wort  
12 Pfennig, Stellenangebote das erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt  
Zeile 60 Pfennig, Familienanzeigen für  
Abonnement Zeile 40 Pfennig, Anzeigen-  
annahme im Hauptgeschäft Ein-  
schnitt 2, wochentäg. von 7/7, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Köpenick 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37556 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Wollfr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Postfach 1000 Berlin 1

## Erste Schwierigkeiten in Paris.

Konkrete Vorschläge vergeblich erwartet. — Keiner will mit der Sprache heraus.

Paris, 18. Februar. (Eigenbericht.)

In den Verhandlungen der Reparations-  
Konferenz sind am Montag die ersten Schwierig-  
keiten zutage getreten. Nach der erschöpften General-  
debatte war Ende der vergangenen Woche beschlossen  
worden, in der Montagssitzung das eigentliche Re-  
parationsproblem in Angriff zu nehmen. Ein  
konkretes Programm war dafür nicht festgelegt  
worden. Immerhin scheint die von einem Teil der fran-  
zösischen Presse ausgesprochene Erwartung, daß die  
deutschen Sachverständigen durch positive Vor-  
schläge eine Basis für die weitere Diskussion liefern  
würden, auch von einem Teil der fremden Delegationen  
geteilt worden zu sein. Diese Annahme fußte jedoch auf  
falschen Voraussetzungen. So entstand am Montag  
morgen in der Konferenz ein gewisses Vakuum, das  
schließlich damit ausgefüllt wurde, daß man einige der  
bereits in der Vorwoche behandelten Fragen nochmals  
vornahm. Die deutsche Delegation erhielt auf diese Weise  
Gelegenheit, ihre Ausführungen zum Thema der deut-  
schen Zahlungsfähigkeit zu ergänzen.

Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß man auf diesem  
Wege nicht sehr viel weiter kommen würde, und da keine  
der Delegationen von sich aus die Initiative ergreifen  
wollte, um der sich im Kreise drehenden Auseinander-  
setzung eine andere Richtung und Gestalt zu geben, be-  
schloß man, die Nachmittagssitzung ausfallen zu lassen.  
Den einzelnen Delegationen sollte dadurch Ge-  
legenheit gegeben werden, sich in inoffiziellen Be-  
sprachungen über das Arbeitsprogramm für die nächsten  
Sitzungen zu einigen. Insbesondere ist Dr. Schacht ge-  
beten worden, sich darüber mit einem der alliierten

Hauptdelegierten ins Benehmen zu setzen. Was dabei  
herauskommen wird, steht dahin. Es handelt sich dabei  
weit weniger um die Fragen der äußeren Prozedur (Ein-  
setzung von Unterkommissionen, Reihenfolge der zu be-  
handelnden Probleme usw.) als darum, daß man nun-  
mehr versuchen will, die eine oder andere Delegation zu  
bestimmen, aus der bisherigen Reserve herauszugehen  
und durch Bekanntgabe ihres Standpunktes den weiteren  
Verhandlungen eine greifbare Grundlage zu  
geben. Einstweilen aber scheint bei keiner der De-  
legationen besondere Geneigtheit zu bestehen, sich durch  
Aufdeckung des weiteren Vorgehens in eine taktisch un-  
günstige Lage lenken zu lassen.

### Wie soll es weitergehen?

Die „Agentur Radio“ berichtet über eine heute nachmittag statt-  
gefundene Unterredung zwischen Reichsbankpräsident Dr. Schacht  
und dem englischen Delegierten Sir Josiah Stamp. Die Unter-  
redung habe sich auf die von der Sachverständigenkonferenz ein-  
zuschlagende Arbeitsmethode erstreckt. Die Hauptfrage, die die beiden  
Delegierten zu entscheiden hätten, sei folgende: Soll man an das  
grundlegende Problem, Zahl und Höhe der Annuitäten, in den  
Volltagungen herantreten, oder soll man versuchen, in Unter-  
ausschüssen die auseinandergehenden oder entgegengesetzten Meinun-  
gen der verschiedenen Delegierten einander anzunähern? Die deutsche  
Delegation habe sich für die Einsetzung von Unterausschüssen  
ausgesprochen, da sie den Wunsch hege, daß die deutsche Zahlungs-  
und Handelsbilanz noch eingehender untersucht werde, bevor  
man dazu übergehe, Ziffern für die Annuitäten zu diskutieren.  
Dr. Schacht sei auf dieses Problem bereits in der heutigen Vor-  
mittagssitzung zurückgekommen.

## Gorgentage in Deutschösterreich.

Kohlennot und Heimwehrprovokation.

Wien, 18. Februar. (Eigenbericht.)

In der ersten Februarhälfte ist die Arbeitslosigkeit in  
Wien weiter gestiegen. Wenn sich auch die Betriebs-  
einstellungen infolge der Kältekatastrophe in der neuen  
Stattstil noch nicht auswirken, so ist der Stand doch so ange-  
wachsen, daß am 15. Februar 90 757 Arbeitslose zu  
unterstützen waren; das sind 1490 mehr als vor einem Jahre.  
Außer den 90 000 unterstützten Arbeitslosen gibt es noch über  
10 000 Arbeitslose, die zur Vermittlung vorgemerkt, aber  
nicht mehr unterstützt werden, so daß in Wien mehr als  
100 000 Arbeitslose vorhanden sind. Die Zahl wäre noch  
viel höher ohne die großen Bau- und Gewerbeaufträge der  
Gemeinde Wien.

Wie zur Zeit des großen Wirtschaftsgebietes Oesterreich-Ungarn  
wird heute noch in den Nachfolgestaaten mit Steinkohle gehandelt —  
aber Deutschösterreich hat nur ein einziges, wenig hergehendes  
Reservat, das von Trifail in der Steiermark. Der Wirtschaftskrieg der  
ersten Nachkriegsjahre ist freilich vorbei, der die Kohlenzufuhr aus  
dem mährisch-schlesischen Revier zuerst sperrte, dann infolge der Geld-  
entwertung droffelte, aber die Schneewerchungen haben in der  
Tschekoslowakei wie in Deutschösterreich den Eisenbahnverkehr sehr  
stark eingeschränkt und die Folge ist die schärfste Kohlennot in beiden  
Ländern, besonders in Wien. Die Leute stehen vor den Kohlen-  
geschäften in der Kälte angestarrt, um — wenn sie Glück haben —  
mit fünf Kilogramm Steinkohle abzuziehen. Die Dafen verbrennen  
die Kohlen auf dem Kof durch Luftzufuhr sehr rasch, es muß immerzu  
„nachgelegt“ werden, besonders in eisernen Dafen, wie sie in  
den älteren Kleinwohnungen vielfach stehen. Da reichen fünf Kilo-  
gramm nicht lange.

Dazu kommt der Mangel an elektrischem Strom: einmal  
als Folge des Kohlenmangels, der natürlich auch die Elektrizitäts-  
werke betrifft, dann aber, weil die erhebliche Stromgewinnung aus  
den Wasserkräften der Alpen — diese Errungenschaft der  
„Kathosmarzisten“ — stillgelegt ist, wenn die Wasserfälle zu-  
fröhen. Ist doch selbst der reißend strömende Inn bei Schwaz  
in Nordtirol vereist!

Die Wiener Industrie ist zu starken Betriebsein-  
schränkungen gezwungen, die gewaltige Arbeitslosigkeit  
wird dadurch noch hinaufgetrieben.

In all diese Not, die in einem so traffen Gegensatz zu den  
Faschingovergnügungen steht, schlägt die Aktion der Re-  
gierung gegen die Arbeiterbewegung hinein. Erst jene Haus-  
suchung im Parteihaus, weil der Arbeiterschützenverein  
— innerhalb seiner Gewerbebefugnis — auch Waffen für die Wiener  
Gemeindefriede besorgt hat, und dann die Erlaubnis für die Heim-

wehr zu dem höchst provozierenden Aufmarsch am Parteihaus und  
anderen Arbeiterzentralen vorbei durch den Proletarierbezirk  
Weidling. Nun hört man, daß unter den 4500 Wiener Heimwehr-  
leuten alle Hakenkreuzgruppen, darunter „Oberland“, „Schill“,  
„Lühow“ (wie vertraut klingen uns diese Namen!) sein werden;  
man erinnert sich, daß bereits eine ganze Anzahl Arbeiter in Wien  
und Umgebung von Hakenkreuzern ermordet worden sind. Es  
sollen weiter 4500 Heimwehrleute aus der Steiermark am Morgen  
des 21. Februar in Wien eintreffen und mitmarschieren — gewiß  
nach durchwachtler und durchschloßener Nacht. Und es sollen die Ober-  
scholtschen Steidle und Pflermer in der Saalverammlung  
reden.

Diese Haussuchung mit Wegtragung verborgener Waffen der  
Arbeiterschaft, von denen sie bisher nie Gebrauch gemacht hat, und  
diese Unzugserlaubnis für Heimwehrleute, die ständig mit ihren  
Waffen prohen und schwere Gewalttaten auf dem Kerbholz haben,  
sind sehr bedenkliche Symptome. Es ist durchaus ver-  
ständlich, daß unsere Wiener Freunde durch den Schutzbund-  
aufmarsch in die inneren Bezirke an diesem Sonntag  
deutsch erklären wollen: Weiter geht's nicht!

Die Sozialdemokratie Deutschösterreichs hat vier mal die voll-  
kommene Abrüstung der beiden feindlichen Lager vorgeschlagen.  
Hohn und Spott war die Antwort, selbst die des Bundeskanzlers  
Präsident Dr. Seipel, der sich öffentlich zur Heimwehr — wie er  
sie aussieht — bekannt hat. Gewiß wird man mit schwerer Sorge  
dem nächsten Wiener Sonntag entgegensehen — hoffentlich geht er  
ebenso unblutig aus wie jener gefährdete 7. Oktober in Wiener-  
Neustadt. Deutschösterreich muß aber endlich aus dem  
Schwebezustand dauernder Bürgerkriegsgefahr  
heraus, und das kann nur durch volle Abrüstung geschehen!

### Schober sucht zu vermitteln.

Wien, 18. Februar. (Eigenbericht.)

Die drohende Gefahr schwerer Zusammenstöße am Sonntag hat  
die Polizeidirektion veranlaßt, sich zu bemühen, die Parteien von  
ihren Aufmarschplänen abzubringen, sie will am Mittwoch mit den  
Organisationen verhandeln. Der Schutzbund ist entschlossen, die  
öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten zu bleiben; er  
lehnt jedoch Verhandlungen mit der Heimwehr  
ab. Der Schutzbund hätte die seit langem angeklagte Heimwehr-  
fundgebung ignoriert, wenn ihn nicht die offenbar mit dieser  
Rundgebung im Zusammenhang stehende Durchsuchung  
des Parteihauses veranlaßt haben würde, den Aufmarsch zu  
unternehmen. Dieser Aufmarsch ist als Protestkundgebung gegen  
die Heimwehr und gegen die Regierung gedacht. Man erwartet,  
daß an dem Aufmarsch 2000 Schutzbündler teilnehmen werden.

## Trotski will nach Deutschland.

Löbe befürwortet sein Gesuch.

Reichstagspräsident Löbe hat am Montag abend  
folgendes Telegramm aus der Türkei erhalten:

„Pera, den 18. Februar. Mich auf Ihre Erinne-  
rungsansprache am 6. Februar berufend, erkläre ich das  
hiesige deutsche Konsulat um betreffende Bewilligung.  
Leo Trotski.“

Reichstagspräsident Löbe hat diese Bitte befür-  
wortend an das Reichskabinett weitergegeben.

Am 6. Februar hielt Löbe im Reichstag eine Ansprache,  
in der er an die Eröffnung der Nationalversammlung in  
Weimar am gleichen Tage vor zehn Jahren erinnerte. Die  
Kommunisten unterbrachen mit lärmenden Rufen. Löbe  
fuhr darauf nach dem stenographischen Protokoll folgender-  
maßen fort:

Ich weiß ja, daß in diesem Hause Damen und Herren vorhanden  
sind, die andere Gefühle haben als die Mehrheit dieses Reichstags.  
Ich kam in meiner kurzen Ansprache in keine Polemik darüber ein-  
treten, darf aber daran erinnern: Wenn der staatliche Wille der  
rechtsstehenden Gruppen zum Durchbruch gelangt wäre, dann war  
Ihnen (zu den Kommunisten) das An-die-Wand-Stellen in Aussicht  
gestellt worden. (Sehr gut!) Und wenn ihr staatlicher Wille sich  
durchgesetzt hätte, dann sollten die anderen an den Galgen gebracht  
werden. Wir haben Ihnen und den anderen erst die staatsbürger-  
lichen Rechte gegeben. (Erneute lebhafteste Zustimmung.)  
Vielleicht kommen wir sogar dazu, Herrn Trotski in Deutschland ein  
freiwirtschaftliches Asyl zu gewähren.

Diese Bemerkung des Reichstagspräsidenten über den  
Fall Trotski wurde im Hause, besonders von den sozial-  
demokratischen Abgeordneten, mit lebhaftem  
Beifall aufgenommen.

„Vielleicht kommen wir sogar dazu...“ Soll  
der Fall eintreten, so müssen zwei Voraussetzungen erfüllt  
werden: Trotski muß um die Erlaubnis zur Einreise er-  
suchen, und die Reichsregierung muß sie erteilen. Die erste  
Voraussetzung ist erfüllt, wie sieht es mit der zweiten?

Gegen die Einlassung Trotskis sind Bedenken verschie-  
denster Art geäußert worden. Wir halten sie alleseiner für  
unbegründet und hoffen bestimmt, daß sie sich als überwind-  
bar erweisen werden.

Man sagt, Trotskis Leben würde in Deutschland  
bedroht sein. Monarchistisch gesinnte Russen könnten an  
dem Revolutionär Rache nehmen, oder stalinistisch gesinnte  
Kommunisten könnten versuchen, den angeblichen „Konter-  
revolutionär“ ungeschädlich zu machen. Deutschland könne für  
Trotskis Leben keine Garantie übernehmen.

Dazu ist zu sagen, daß Deutschland auch für das Leben  
seiner eigenen Staatsbürger keine Garantie übernehmen  
kann. Trotski wird in Deutschland nicht mehr und nicht  
weniger sicher sein als in irgendeinem anderen Lande der  
Welt mit einem geordneten Polizeiwesen. Trotski, einst  
neben Lenin Rußlands mächtigster Mann, ist heute von  
seinem eigenen „sozialistischen Vaterland“, das er als einer  
der ersten mitgeschaffen hat, verbannt, davongejagt, krank  
und heimatlos. So leicht wird sich keiner an ihm ver-  
greifen.

Aber Trotski kann, so sagt man weiter, in Deutschland  
eine unerwünschte politische Tätigkeit entfalten.  
Besonders ängstliche Gemüter befürchten, er, der er-  
fahrene Organisator von Aufständen, könnte nun auch in  
Deutschland einen kommunistischen Aufstand entfesseln.  
Diese Befürchtung ist wohl die grundloseste von allen. Selbst-  
verständlich würde Trotski in Deutschland den deutschen Ge-  
setzen unterstehen wie jeder andere. Abgesehen davon gibt  
es in Deutschland keine linkskommunistischen Massen, die be-  
reit wären, einem Ruf zum Straßenkampf zu folgen. Trotski  
weiß auch genau, daß das Deutschland von 1929 etwas ganz  
anderes ist als das Deutschland von 1917. Er wird sich  
hüten... Sollte sich die Deutsche Republik vor Trotski  
fürchten? Das wäre eine Schande!

Am stärksten wirkt jedoch nicht dieses Argument, sondern  
ein anderes. Man besorgt von einer politischen Tätigkeit  
Trotskis in Deutschland eine Störung der freundschaftlichen  
Beziehungen zu Rußland.

Trotski, sagt man, könnte versuchen, von Deutschland  
aus gegen die Sowjetregierung Verschwörungen anzuzetteln  
und gegen sie einen Aufstand zu organisieren. Dann wür-  
den die deutschen Behörden genötigt sein, gegen ihn einzu-  
schreiten, oder aber es würde zu einem Konflikt mit Moskau  
kommen, den man aus Gründen der auswärtigen Politik  
vermeiden will.

Dagegen ist zu sagen, daß in Deutschland Russen  
aller Art leben: Weißgardisten, Kadetten, Sozialrevo-  
lutionäre und Menschewiki als Flüchtlinge, Bolschewiki als  
legale Vertreter ihres Vaterlandes. Es ist nicht einzusehen,  
warum der Führer der linken, sich „leninistisch“ nennenden  
Bolschewiki nicht diese bunte politische Farbenpalette um eine  
neue Farbe bereichern soll. Die Tatsache, daß in Deutsch-  
land viele Tausende von Russen leben, die Gegner des in  
Rußland herrschenden Regimes sind, hat der deutsch-



# Politisches Asylrecht.

## Beratungen im Rechtsausschuß des Reichstags. — Die Kommunisten beantragen eine Lex Trocki.

russischen Freundschaft bisher keinen Eintrag getan. Deutschland und Rußland müssen, wenn sie zueinander gute Beziehungen haben wollen, ihre politischen Besonderheiten gegenseitig respektieren. Schließlich beruhen diese Beziehungen auf sehr realpolitischen Erwägungen, die durch Gefühlsmomente nicht so leicht zu beeinflussen sind. Nicht nur wir brauchen Rußland, auch Rußland braucht uns. Es ist bisher unser Stolz gewesen, daß in Deutschland jedermann seine politische Überzeugung frei vertreten kann. Rußland kann nicht verlangen, daß wir ihm zuliebe von unseren Grundgesetzen abweichen, so wenig wir von ihm verlangen, daß es uns zuliebe von den seinen abweicht.

In zahlreichen Fällen haben deutsche Kommunisten, die sich gegen die deutschen Gesetze vergangen hatten, in Rußland Zuflucht gesucht und gefunden. Keiner dieser Fälle hat auf die deutsche Außenpolitik gegenüber Rußland entscheidenden Einfluß gehabt. Trocki kommt überdies gar nicht als Flüchtling, sondern als Ausgewiesener. Er sucht nicht in Deutschland Schutz vor einer ihm drohenden Strafe; die Strafe hat er bereits verbüßt durch die Verbannung und er verbüßt sie weiter durch die Landesverweisung. Schließlich müssen doch Menschen, die aus politischen Gründen aus ihrem Vaterlande vertrieben werden, irgendwohin. Ihre Aufnahme als einen unfreundlichen Akt des Asylrechts während des Staates zu betrachten, wäre widersinnig.

Deutschland kann nach unserer Überzeugung Trocki das Asylrecht nicht verweigern, es kann ihm auch nicht das Recht verweigern, sich auf deutschem Boden literarisch zu betätigen. Der Betätigung eines Ausländers sind ohnehin durch das bestehende Ausweisungsrecht — für dessen Anwendung, von äußersten Fällen abgesehen, wir keineswegs eintreten wollen — Schranken gesetzt. Gegen einen Trocki, der innerhalb der deutschen Grenzen oder über sie hinaus Aufstände anzetteln wollte, stehen der Deutschen Republik Machtmittel genug zur Verfügung. Trocki kennt sie.

Von den Bedenken gegen die Aufnahme Trockis ist keines stichhaltig. Um so mehr sind es die Bedenken gegen die Abweisung. Die Aufnahme Trockis wäre ein populärer Akt, der die Achtung vor der Deutschen Republik im Inland und im Ausland steigern würde, die Abweisung wäre das Gegenteil davon. England, Belgien, die Schweiz, zeitweilig auch Frankreich haben politischen Flüchtlingen weitgehendes Asylrecht gewährt, und die Sympathien, die sie sich dadurch erworben, waren für sie außenpolitischer Gewinn. Die Abweisung Trockis würde dem Glauben an den demokratischen Geist in der Deutschen Republik einen empfindlichen Stoß versetzen. Man soll nicht Empfindungen, die in den freiheitlich gesinnten Kreisen des deutschen Volkes, vor allem in den Massen der sozialdemokratischen Partei lebendig sind, gering achten. Wir erhoffen eine Entscheidung des Falles Trocki nach dem klugen Rat Böbes. Gerechtigkeit ohne Furcht, Aufrechterhaltung guter Beziehungen ohne Liebedienerei vor Rußland!

Von dem deutschen Konsulat in Bera war gestern Abend eine Bestätigung des von Trocki eingereichten Einreise-gesuches noch nicht in Berlin eingetroffen. Erst wenn eine derartige Bestätigung und der Wortlaut des Gesuches vorliegt, wird sich die Reichsregierung mit ihm befassen.

### Trockis Ausweisung offiziell bekanntgegeben.

Moskau, 18. Februar. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.)

Die Presse veröffentlicht heute folgende Erklärung: „Trocki ist wegen antisowjetischer Tätigkeit auf Beschluß einer Sonderberatung bei der staatlichen politischen Verwaltung (Staats-polizei) aus der Sowjetunion ausgewiesen worden. Auf Wunsch Trockis ist seine Familie mit ihm abgereist.“

### Zentrum und Volkspartei.

#### Heute Führerausprache.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann legte in der zentralparteilichen Fraktion des Preussischen Landtags am Montag in ausführlichen Darlegungen seine Auffassung über die gegenwärtige Lage dar.

Am Dienstag wird der Reichsaußenminister mit dem Führer der Zentrumspartei, dem Prälaten Dr. Kaas, die innerpolitische Lage besprechen.

### Zentrumsreden.

#### Das Wort von der Erholungsopposition.

Am Sonntag haben zwei Zentrumsführer öffentlich geredet, Herr Heß, der Führer der Preussischen Fraktion, in Remagen, Herr Warg in Hamburg.

Herr Heß führte aus, daß das Zentrum heute innerlich fester sei und die Krise mit ferngefundem Herzen überwunden habe. Er prägte in seiner Rede das Wort von der „Erholungsopposition“.

Von der Erholungsopposition hat Herr Warg reichlichen Gebrauch gemacht. Er hat eine heftige Agitationsrede gegen die Sozialdemokratie gehalten, der er demagogische Agitation und Sozialisterei vorwarf. Zum Schluß erklärte er, daß man lange auf Vorschläge des Zentrums zu einer Regierungsbildung warten könne.

Herr Warg hat die „Erholungsopposition“ benutzt, um seinem noch vom Sturz seiner Bürgerklosterherrschaft her gepreßten Herzen Luft zu machen. Die Tatsache, daß heute Herr Kaas und Herr Stresemann zusammen reden werden, demeritiert seine Schluss-erklärung einigermassen.

### Stahlhelmsorge.

#### Angst, verborgen hinter einer Protestkundgebung.

Die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun im Hauptausschuß des Landtags, daß die Staatsregierung die Frage erörtert, ob eine aktive Beteiligung im Stahlhelm mit der Stellung eines Beamten verträglich sei, hat eine Protest-entscheidung des Stahlhelms heraufgerufen. Sie pocht auf die Ver-fassung, der der Stahlhelm Hoß und Kampf angelegt hat — aber sie vermeidet geflissentlich, das Wort von Hoß gegen die Republik zu wiederholen. Sie fächelt die Hasßbotschaft von Fürsten-wolde in eine Kampfbotschaft um.

Besser kann man nicht zeigen, daß man selbst die Unverein-barkeit dieser Hoßbotschaft mit der Stellung eines Beamten empfindet. Die Sorgen sind groß; denn so gerne die Herrschaften vom Stahlhelm auf die Republik schimpfen, so gerne nehmen sie ihr Geld.

Der Rechtsausschuß des Reichstags berät gegenwärtig den Entwurf eines „Deutschen Auslieferungsgesetzes“. Im Mittelpunkt des Entwurfs steht der Abschnitt, der das politische Asylrecht regelt (§ 3). Er lautet:

„Die Auslieferung ist nicht zulässig, wenn die Tat, welche die Auslieferung veranlassen soll, eine politische ist oder mit einer poli-tischen Tat derart im Zusammenhang steht, daß sie diese vorbereiten, sichern, decken oder abwehren sollte.“

Politische Taten sind die strafbaren Angriffe, die sich unmittelbar gegen den Bestand oder die Sicherheit des Staates, gegen das Ober-haupt oder gegen ein Mitglied der Regierung des Staates als solches, gegen eine verfassungsmäßige Körperschaft, gegen die staatsbürger-lichen Rechte bei Wahlen oder Abstimmungen oder gegen die guten Beziehungen zum Ausland richten.

Die Auslieferung ist zulässig, wenn die Tat unter Verbedä-chtigungs aller Umstände besonders verwerflich erscheint.“

Diese Bestimmung soll das vor einem Jahrhundert schwer erkämpfte, dann aber von allen Kulturstaaten anerkannte und hochgehaltene politische Asyl sichern. Die Reichsregierung hat noch in den letzten Jahren mehrfach erklärt, daß sie es als ihre Pflicht betrachte, das politische Asyl zu wahren. Der Entwurf soll den Gedanken des politischen Asyls in eine Zweifel möglichst ausschließende Rechtsform bringen.

Dazu ist erforderlich, daß die einschlägige Gesetzesbestim-mung der Willkür der Richter, die nach dem Entwurf zur Ent-scheidung berufen sein sollen, keinen Raum läßt. Der dritte Absatz des Asylparagraphen öffnet willkürlicher Auslegung jedoch Tor und Tür. Er soll vor allem die Möglichkeit geben, politische Mörder auszuliefern, wenn, wie die Begründung sagt, die Tat so „verwerflich“ ist, daß die Gewährung des Asyls „mit dem rechtlichen Empfinden unvereinbar“ ist.

Hier entsteht Unsicherheit. Die Ausdehnung auf politische Mörder wird nicht ohne weiteres ausgeschlossen, wohl aber entsteht eine Rechtsunsicherheit. Große Parteibewegungen pflegen die Grenzen der Länder zu überschreiten, eine der-artige auslegungsfähige Bestimmung gibt also der politischen Mentalität des Entscheidenden Spielraum.

Das Problem des Asylrechts für politische Mörder hat noch keine einheitliche Regelung erfahren. Das sinnliche Auslieferungsgesetz zum Beispiel schließt Mord und Mord-versuch aus der Reihe der asylwürdigen Verbrechen aus.

Als politische Verbrechen sollen keinesfalls Mord oder Mordversuch, wenn sie nicht im offenen Kampfe begangen worden sind, angesehen werden.“

Der Absatz 3 im § 3 des deutschen Entwurfs ist deshalb umstritten. Die sozialdemokratischen Vertreter im Rechts-ausschuß haben, um die Willkür auszuschalten, die Circulierung dieses Absatzes beantragt.

Der Grundgedanke des politischen Asyls ist es,

gleiches Recht für alle politischen Verbrechen zu ge-währen, gleichgültig, gegen welche Regierungsform sie sich richten. Ein Asylrecht, das von diesem Grundsatze abgeht, verliert seinen Sinn, es würde lediglich das anliegende Land zum Bundesgenossen einer Partei eines anderen Landes machen. Die kommunistischen Vertreter im Rechtsausschuß haben Anträge gestellt, die den Grundsatze des gleichen Rechts ablehnen. Sie beantragten:

„Als politische Straftaten werden nicht angesehen und vom Asylrecht sind ausgenommen strafbare Handlungen, die 1. den Sturz der proletarischen Herrschaft in der Sow-jetunion; 2. die Errichtung der faschistischen Herr-schaft in irgend einer Form; 3. die Errichtung der Mon-archie zum Gegenstand haben, insbesondere der im Verfolg dieser Bestrebungen unternommene Mord oder Mordversuch.“

Diese Anträge würden die groteske Situation herbei-führen, daß ein in Deutschland asylsuchender Gegner des Sowjetjenseits, der die Einführung der Demokratie in Ruß-land verlangt und von den Sowjets wegen Hochverrats ver-folgt wird, an Rußland ausgeliefert werden müßte, während ein Deutscher, der des bolschewistischen Hochverrats gegen die deutsche demokratische Republik schuldig ist, in Rußland Asyl finden würde!

Dieser Antrag beweist nahezu ein Lex Trocki. Würde Trocki in Deutschland Asyl finden und von hier aus den Kampf gegen die Sowjetregierung in literarischer Form fortsetzen, so würde sein „Hochverrat gegen die Sowjet-regierung“ kein politisches, sondern ein gemeines Verbrechen sein, das die Sowjetregierung zur Forderung der Auslieferung berechtigte. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß ein weiterer Antrag der Kommunisten die Auslieferung für un-zulässig erklärt, wenn die Androhung für die begangene Straftat nach deutschem Gesetz drei Jahre Gefängnis nicht übersteigt. Die Strafandrohung für Hochverrat, Aufforde-rung zum Hochverrat und vorbereitender Hochverrat geht in Deutschland weit über dies Maß hinaus.

Die kommunistischen Anträge sind ein Zeichen der Schwäche. Die Demokratie fürchtet sich nicht vor Emigra-nten, vor faschistischen, monarchistischen und bolschewistischen Hochverrätern, die im Exil leben. Es scheint aber, daß die Sowjetregierung sich vor Rechts- und Linkskommunisten im Exil fürchtet. Mit der Demokratie ist die Forderung der Rechtsgleichheit untrennbar verbunden. Der Ruf nach Diffe-renzierung des Rechts ist immer das Kennzeichen einer auf Unterdrückung beruhenden Herrschaft.

Die bisherigen Beratungen des deutschen Entwurfs haben die lebendige Problematik des politischen Asylrechts gezeigt. Entscheidungen sind bisher nicht gefallen, der § 3 des Entwurfs wird zunächst in einem Unterausschuß weiter-beraten.

### Verhaftung Ullig rechtswidrig!

#### Feststellung polnisch-obererschlesischer Sozialisten.

Kattowitz, 18. Februar.

Das Organ der polnischen Sozialisten, die „Gazeta Robotnicza“ (Arbeiterzeitung), beschäftigt sich mit der Aufklärung des schlesischen Sejms und kommt zu der Feststellung, daß im Augenblick der Ver-haftung von Ullig der schlesische Sejm noch bestanden habe und eigentlich auch heute noch bestehe. Die Auflösung sei auf Grund einer Verfügung des Staatspräsidenten erfolgt, die Rechtsgültigkeit erhalte, sobald sie im „Monitor Polski“ veröffentlicht sei. Bisher sei aber eine derartige Verfügung weder veröffentlicht worden, noch hätten die Abgeordneten einen schriftlichen oder sonstigen amtlichen Bescheid erhalten. Demnach sei die Verhaftung un-rechtswidrig erfolgt. Das Blatt macht noch darauf aufmerksam, daß für die Freiheitsberaubung Geldstrafe in Aussicht stehe und man gespannt sein dürfe, wie dieser Fall ausgelegt werden würde.

### Der Bericht über die Kommunifengranate.

Wie wir kürzlich feststellten, hatte die offizielle polnische Zeitung „Epoka“ über die Reichstags-sitzung, in der der Kellogg-Pakt ange-nommen wurde, berichtet, daß der sozialdemokratische Abg. Breit-scheid eine Granate auf den Tisch des Hauses niedergeletzt und die Sowjetregierung angegriffen habe. Die in der „Epoka“ als Quelle angegebene polnische Telegraphenagentur „ATC“ schreibt uns, daß sie einen derartigen Bericht nicht verbreitet habe, sondern ihr korrekter Bericht in anderen von ihr bedienten polnischen Blättern erschienen sei; sie schickt uns auch solche Ausschnitte. Unsere an den phantastischen Bericht geknüpften Bemerkungen entfallen somit, soweit sie sich auf die ATC beziehen.

### Dienststrafverfahren Frieders.

#### Frieders beantragt seine Dienstentlassung.

Weimar, 18. Februar.

Vor der Dienststrafkammer in Weimar begann heute vormittag die Hauptverhandlung gegen den Oberstaatsanwalt im Wartestand Dr. Frieders. Vor Eintritt in die Verhandlung gab der Ver-teidiger Justizrat Dr. Böwenstein-Berlin eine längere Erklärung ab, in der er das Nichterscheinen des Angeklagten begründete und betonte, daß ein Urteil ohne Anhörung des Angeklagten ein wert-loses Stück Papier darstellen würde. Der Verteidiger stellte einen Vertagungsantrag und erklärte, daß er bei Ablehnung die Verteidigung niederlegen würde. Die Staatsanwaltschaft und auch der Beamtensvertreter widersprachen der Vertagung.

Als schließlich auch die Mitteilung der Verteidigung, daß sie bei Weiterverhandlung ihr Amt niederlegen müsse, fruchtlos blieb, erklärte Justizrat Böwenstein pöhslich zur Ueberraschung aller Prozeßbeteiligten, daß sein Mandat ihn für diesen Fall ermächtigt habe, seine sofortige Dienstentlassung unter Verzicht auf alle Rechte aus dem Thüringer Staatsdienst zu beantragen.

### Dr. Frieders aus dem Staatsdienst entlassen.

Weimar, 18. Februar. (WZB.)

Das Entlassungsgesuch des Oberstaatsanwalts Dr. Frieders, das heute Abend eingereicht wurde, ist von der Staatsanwaltschaft genehmigt worden. Justizrat Dr. Böwenstein brachte bei der Regierung die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Regierung auf

Grund des § 67 des Beamtenbesoldungsgesetzes der Familie des Dr. Frieders im Falle der Bedürftigkeit die Hälfte des Ruhe-gehalts zubilligen werde. Ueber die Frage ist noch keine Ent-scheidung getroffen.

### Schimpffreiheit für Republikfeinde.

#### Wieder ein Beitrag zur politischen Justiz.

Suhl, 18. Februar. (Eigenbericht.)

Ein Urteil des Schöffengerichts Suhl reißt sich dem vielen Unbegreiflichkeiten der deutschen politischen Rechtsprechung würdig an. Der Leipziger Student Werner Studentkowitz hatte sich wegen Vergehens gegen das Republik-schutzgesetz zu verantworten. Studentkowitz hat in einer nationa-sozialistischen Versammlung die anwesenden Postbeamten als „Polizeispindel“ und als „Majingroßenjungs“ und die deutsche Republik als „Judenrepublik“, die einem Zucht-haus ähnele, beschimpft. Der Angeklagte fühlte sich unter den Hütchen der deutschen Justiz so geborgen, daß er behauptete, nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts sei der Ausdruck „Juden-republik“ nicht strafbar.

Während der Staatsanwalt auf einen Monat Gefängnis und 100 M. Geldstrafe plädierte, kam das Gericht zu einem Frei-spruch, angeblich aus „Mangel an Beweisen.“ (!)

### Deutschland und Persien.

#### Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag.

Tehran, 18. Februar.

Der stellvertretende persische Außenminister und der deutsche Bevollmächtigte Graf von der Schulenburg haben für Persien und Deutschland einen Vertrag unterzeichnet, der enthält: ein Freundschaftsabkommen, ein Handels-, Zoll- und Schiffsabkommen und ein Niederlassungsabkommen. Der Vertrag, der auf der Weisde-günstigkeitsklausel und der gegenseitigen Gleichberechtigung basiert, ist für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen.

Der Freundschaftsvertrag bestimmt, daß alle Auslegungsfragen dem vorgezeichneten Schiedsgericht unterbreitet werden, wobei sich die Parteien vorbehalten, die Klauseln über das Schiedsgerichtsverfahren zehn Jahre nach der Ratifizierung aufs neue zu prüfen. Das Handelsabkommen betont grundsätzlich den beiderseitigen Willen, nichts zu unternehmen, was den Warenverkehr und Trans-porte behindern könnte; es sieht die üblichen Einschränkungen, be-sonders hinsichtlich des Verkehrs mit Kriegsmaterial vor. Die Schiffe beider Länder werden den internationalen Schiffsabkommen entsprechend behandelt werden. Nach der Zollunionsklausel werden die Weisbegünstigungsverpflichtungen für den Fall der Ein-gangung von Zollunionen durch eine der beiden Parteien nicht ange-mendet. Das Niederlassungsabkommen bestimmt, daß die Rechte beider Länder die Bürger des anderen Landes wie die eigenen Staatsangehörigen behandeln, doch bleiben die personen-rechtlichen Bestimmungen der Heimatländer in Geltung und den Reichsdeutschen werden Rechtsgarantien gewährt, die die Perser noch nicht haben.

Zum Tod Alvin Saengers hat der Reichskanzler der Weimarer Republik sein Beileid ausgesprochen.

Ueber den deutsch-französischen Grenzverkehr ist nach mehr-monatigen Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung in Paris ein Abkommen parographiert worden.



## Was Reichsbahnbeamten erlaubt ist.

Der Beleidiger eines sozialdemokratischen Reichsministers bleibt ein feiner Mann.

Der Reichsbahninspektor Braun in Weiden (Bayern) hatte öffentlich geäußert, daß „die Republik ein Saustall“ sei und daß der Reichsinnenminister Severing nur herkommen möge, „dann werde ich ihm ein paar runterhauen“. Im weiteren behauptete dieser republikanische Musterbeamte: „In der Regierung sitzen Lumpen.“ Wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, wurde der Beamte dafür gerichtlich an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von einer Woche zu einer Geldstrafe von 70 M. und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Wohl oder übel mußte sich nun auch die Reichsbahn-Gesellschaft mit dieser Blüte befassen. Ihr Urteil ist in dem befolgenden Bescheid zusammengefaßt.

„Der Reichsbahninspektor Hans Braun der Verkehrs-kontrolle II in Weiden wurde durch rechtskräftiges Urteil des Schöffengerichts beim Amtsgericht Weiden vom 29. Dezember 1928 wegen eines Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 1 Woche zur Geldstrafe von 70 M. und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.“

Im Anschluß an die gerichtliche Bestrafung wurde Braun wegen des in seiner Handlungsweise liegenden Dienstvergehens vom Vorstand der Verkehrs-kontrolle II in Weiden mit einer Geldstrafe von 20 M. belegt. Der Amtsvorstand erblickte in der ausgesprochenen Ordnungsstrafe eine dem Dienstvergehen entsprechende Sühne, weil die Tat des Braun vom Strafrichter verhältnismäßig milde beurteilt wurde und auch nach seiner persönlichen Ueberzeugung als eine unüberlegte, unter dem Einfluß des Alkohols gemachte Aeußerung am Bierisch wie als absichtliche Herabwürdigung der republikanischen Staatsform und Beschimpfung eines Mitglieds der derzeitigen Reichsregierung anzusehen sei, überdies nach seinen Wahrnehmungen das Ansehen des Braun bei seinen Berufsgenossen und in der Öffentlichkeit durch den Vorfall keine Einbuße erlitten habe.“

Danach hat also Herr Braun weder bei seinen Berufskollegen noch in der Öffentlichkeit an Ansehen eingebüßt. Es fehlte nur noch, daß die Reichsbahn-Gesellschaft feststellt, daß sein Ansehen eigentlich anstiegen und er infolgedessen für eine Beförderung reif sei. Der Beleidiger eines sozialdemokratischen Reichsministers bleibt also in jedem Fall ein feiner Mann.

## Ein Zentner Glückwünsche.

Trotzdem Unruhe in Spanien.

Madrid, 18. Februar. (Eigenbericht.)

Primo de Rivera sucht seine Popularität durch einige monströse Ziffern zu beweisen. Er teilt der Öffentlichkeit mit, daß er auf die Unterdrückung des letzten Putschversuches hin 11 000 Glückwunschelegramme von Körperkisten und Vereinen, 4500 von Privatpersonen und 1000 aus dem Ausland, insgesamt 49 Kilogramm schwer, erhalten habe. Trotz dieses Papiersegens muß der Diktator offiziell in einer Regierungserklärung zugeben, daß die Unruhe in der Bevölkerung weiter andauert.

## Bulgarischer Wahlschwindel.

Regierungsfieg durch Fälschung.

Sofia, 18. Februar. (Eigenbericht.)

Die Gemeindevahlen in 78 von 98-bulgarischen Städten zeichnen an politischer Bedeutung, da sie gerade in den größten Städten, darunter Sofia, auf einen späteren Termin verschoben wurden. Nach dem offiziellen Wahlergebnis hat die Regierungspartei 70 314 und die Opposition 80 841 Stimmen erhalten. In den größeren Städten siegte überall die Opposition trotz ihrer Zerrissenheit. In den kleineren Städten, wo der Wahlterror der Behörden größtes Ausmaß annehmen konnte, hat die Regierungspartei den „traditionellen Erfolg“ errungen. Das Innenministerium behauptet, daß keinerlei Beschwerden über Wahlterror eingelaufen seien. Die Oppositionsblätter bringen indessen zahlreiche Proteste-telegramme, die erkennen lassen, daß es auch diesmal wieder „Balkonwahlen“ gewesen sind. Der sozialistische „Parad“ bezeichnet das offizielle Gesamtergebnis als gefälscht und schreibt, daß ihm von allen Seiten abweichende Resultate gemeldet werden, die Regierungspartei habe nicht mehr als 32 Prozent der Stimmen zu buchen. Das der Bauernpartei nahestehende „Plavno“ meint, diese Wahlen hätten deutlich erwiesen, daß die geeinte Opposition die Regierung mit Leichtigkeit aus dem Sattel heben könnte.

## Meinungsfreiheit in Mexiko.

Sicherung angeordnet.

Mexiko-Stadt, 18. Februar. (Eigenbericht.)

Die bevorstehende Präsidentschaftswahl wirft ihre Schatten voraus und schon zeigen sich Anzeichen, daß es nicht ohne heftige Zusammenstöße zwischen den Anhängern der verschiedenen Kandidaten abgehen wird. So ist kürzlich ein feierlicher Straßenumzug von Anhängern des Kandidaten José Basconcelos, des früheren Erziehungsministers im Kabinett Obregon, in Guadaluajara von politischen Gegnern angegriffen und mit Säcken und Schußwaffen auseinandergetrieben worden. Basconcelos konnte mit Mühe und Not seine Anhänger beruhigen, die sich schon bereit machten, der Gewalt gleiche Gewalt entgegenzusetzen. Aus diesem Anlaß hat sich die Antirefessionisten-Partei, deren Kandidat Basconcelos ist, beschwerdeführend an Präsident Portes Gil gewandt, der sich nach Unterdrückung der Zwischenfälle in schärfster Form gegen die von den Gegnern des Kandidaten beliebten Methoden ausgesprochen und im Namen der Regierung erklärt hat, daß alle Machtmittel eingesetzt würden, um den Mexikanern, gleichgültig welcher Richtung, die freie Meinungsäußerung zu garantieren.

Im gleichen Sinne sind an sämtliche Staatsgouverneure und Militärkommandanten Anweisungen ergangen, für die Sicherheit der Kandidaten Sorge zu tragen und Gegendemonstrationen zu gleicher Zeit nicht zuzulassen, da sonst blutige Zusammenstöße nicht zu vermeiden seien.

Gegen den Anflug der Kleinen Beträge. Der Reichsfinanzminister hat bestimmt, daß die Reichsbehörden im Verkehr untereinander davon abzusehen haben, einzelne Beträge von nicht mehr als zehn Reichsmark einzuziehen oder auszugeben. Mehrfach zu zahlende kleine Beträge sind möglichst für einen längeren Zeitraum zusammenzufassen und gemeinsam einzuziehen oder auszugeben.

Ein südslawisches Unterseeboot, das in Rantes (Frankreich) vom Stapel gelassen ist, wird „Der Rächer“ heißen. Stalin hat nach dem Weltkrieg fast die ganze österreichisch-ungarische Flotte erhalten, die dem Südslawenstaat übergeben worden war.

## Neid der andern Fakultät.



Der Hofprediger: „Die Papisten frohlocken. Sie haben den Vatikan als Kirchenstaat zurückerhalten. Da bleibt uns deutschen Protestanten nur ein Ausgleich: Haus Doorn, wo unser oberster Bischof weilt, muß gleichfalls ein eigener Staat werden.“

## Königswahl in Afghanistan.

Streitigkeiten um die Beute. — Gesandtschaften reisefertig.

London, 18. Februar.

Die von britischen Flugzeugen aus Afghanistan nach Indien zurückgebrachten Personen erklären, daß im Augenblick noch keine Anzeichen für eine baldige Abfertigung der europäischen Gesandtschaften vorhanden seien. Doch sei bekannt, daß unter anderen die englische und französische Gesandtschaft für den Notfall alle Vorbereitungen für eine rasche Abreise getroffen hätten. Der Stab der deutschen Gesandtschaft sei auf drei Personen vermindert worden, während die Gesamtzahl der Deutschen in Kabul noch immer 40 betrage.

König Habibullah habe nach den Mittelstücken dieser Briefe die einzelnen Abfertigungen der Regierung nötig gemacht und die alte Beamtenschaft wieder in ihre Kommandos eingeteilt. Aus Kabul wird berichtet, daß Habibullah die Schinwaris brieflich aufgefordert habe, nach Abschluß der Fastenzeit für die Königswahl Vertreter nach Kabul zu entsenden. Ueber die Verteilung der Beute nach dem Siege der Schinwaris bei Dschalalabad und Jagdalak über den nun flüchtigen Thronanwärter Ali Achmed Khan soll es zu Streitigkeiten unter den Schinwaris gekommen sein, die mit der Abjehung der bisherigen Führer geendet haben sollen.

## Die notgelandeten englischen Flieger gerettet.

Delhi, 18. Februar.

Der Flieger Chapman, der am 29. Januar in Afghanistan notgelandet war, wurde heute auf dem Luftwege nach Peshawar zurückgebracht, sein Gefährte Davies schon am 18. Während ihres

Aufenthalts in Afghanistan standen die Flieger unter dem Schutz Ali Achmed Dschahans, eines der afghanischen Thronanwärter.

## Habibullah für die Geistlichkeit.

Peshawar, 18. Februar. (Reuter.)

Nach hier eingetroffenen Berichten hat Habibullah eine Proklamation erlassen, die die staatlichen Leistungen an die religiösen Führer, die Amanullah aufgehoben hatte, wieder einführt. Die Stämme, die den Thronprätendenten Ali Achmed Khan bis zu seiner Niederlage bei Jagdalak unterstützten, haben jetzt Habibullah ihre Unterstützung angeboten. Habibullah versucht auch, die Unterstützung der Schinwaris zu erlangen. In der östlichen Provinz in der Gegend von Teleschab, wo die Behörden keinen Einfluß verloren haben, herrscht Anarchie.

## Gesandter Zeigl erkrankt.

Der deutsche Gesandte in Kabul Zeigl ist erkrankt. Zu seiner Unterstützung ist der deutsche Konsul in Kalkutta, Baron von Plessen, nach Afghanistan abgereist.

## Fast alle Fremden abgefördert.

Peshawar, 18. Februar. (Reuter.)

Gestern wurden vier Reichsdeutsche, ein Franzose, fünf Italiener und sieben britische Indier aus Kabul abgefördert. Es sind jetzt nur noch wenige Personen übrig, die Gesuche um Abfertigung eingereicht haben, und man hofft, daß sie in den nächsten Tagen in Indien sein werden.

## KP. Dänemark.

Richtungskämpfe in der Russchale.

Kopenhagen, 18. Februar.

Das Strafgericht Kopenhagen über die Anhänger Trotskis wirkt sich nun auch innerhalb der zahlenmäßig recht schwachen kommunistischen Partei Dänemarks aus. Eine Mitteilung hierüber findet sich in der letzten Nummer des Parteiorgans der dänischen kommunistischen Partei „Partiarbejd“. Daraus geht hervor, daß eine ansehnliche Zahl dänischer Kommunisten mit einer ehemaligen Lehrerin an der Spitze aus der Partei ausgeschlossen worden sind. Die Lehrerin, die Trotski persönlich kennt, hat sich, als die Spaltung unter den Bolschewisten eintrat, auf die Seite Trotskis geschlagen und bei verschiedenen Gelegenheiten dessen Standpunkt vertreten. Nach „Ekstrabladet“ bedeutet dieser Ausschluß einen äußerst unangenehmen Schlag für die kommunistische Partei Dänemarks, die nun noch bedeutungslos sein dürfte als bisher.

## Ergebnisse der Sowjetwahlen.

Bisher keine wesentlichen Veränderungen.

Die Sowjetpresse beginnt allmählich, die bisherigen Ergebnisse der Sowjetwahlen zu melden. Diese Wahlen werden sich nach einige Wochen lang hinzuziehen und wahrscheinlich wird man erst im März einen vollständigen Überblick der Wahlergebnisse haben können. Über schon die bisherigen Meldungen erlangen nicht eines gewissen Interesses. So wird gemeldet, daß bis zum 7. Februar („Trud“ Nr. 32):

„in den Städten der Russ. Soz. Föder. Räterepublik von 679 632 Wahlberechtigten zu den Wahlen der städtischen Sowjets 454 875, also 66,9 Proz., erschienen waren, während im Jahre 1927 die Wahlbeteiligung nur 53,4 Proz. betragen hatte. In den neugewählten Sowjets der Städte zählt man 23,5 Proz. Frauen (1927 — 17,1 Proz.) und 49,4 Proz. Kommunisten und Jungkommunisten gegen 48,9 Proz. bei der vorhergehenden Wahl. In den Dörfern der Russ. Soz. Föder. Räterepublik sind von 12,2 Millionen Wahlberechtigten rund 7,2 Millionen, also 59,1 Proz. zu den Wahlen tatsächlich erschienen, wogegen die Wahlbeteiligung im Jahre 1927

nur 47,8 Proz. der Wahlberechtigten betragen hat. In den neugewählten Dorfsowjets zählt man 19,6 Proz. Frauen und 14,7 Proz. kommunistische Parteimitglieder und Jungkommunisten. Bei der vorhergehenden Wahl betrug der Anteil der Frauen in den Sowjets 17,5 Proz. und der Anteil der Kommunisten 13,2 Proz.“

Aus den Zahlenangaben ist ersichtlich, daß in der Russ. Soz. Föder. Räterepublik (Großrussland) der Anteil der Kommunisten in den städtischen Sowjets annähernd die Hälfte aller Mitglieder erreicht. Dagegen sinkt dieser Anteil in den Dorfsowjets auf den ganz geringfügigen Bestandteil von bloß 1,4 Proz. und beträgt demnach ungefähr ebensowiel wie im Jahre 1927.

## Die Gesetzesmacher in Südflawien.

Siebzehn Juristen sollen alles machen.

Belgrad, 18. Februar.

Zur Grund des Gesetzes über den Obersten Gesetzgebenden Rat hat Justizminister Serbschitsch heute 17 Mitglieder ernannt, die hauptsächlich unter den angesehensten Juristen und Hochschullehrern von Belgrad, Ugram und Laibach ausgewählt sind. Dem Vorsitz im Obersten Gesetzgebenden Rat wird der frühere Präsident des Kassationshofes Mischel Jowanowitsch führen, das Amt des ständigen Sekretärs wurde dem ehemaligen Parlamentspräsidenten Rinko Perlich übertragen.

Den Hinterbliebenen der im Parlament ermordeten Kooalen hat die Belgrader Regierung eine lebenslängliche Unterstützung von je 5000 Dinar (rund 350 M.) monatlich bewilligt.

Die Internationale der Anwälte. In Anwesenheit von 47 Vertretern aus zehn Ländern wurde in Brüssel die erste Tagung des Internationalen Verbandes der Rechtsanwälte, zu der Deutschland, England und Japan Beobachter entsandt haben, eröffnet. Der Justizminister hieß die Kongreßteilnehmer im Namen der belgischen Regierung willkommen. Die Vereinigung der Rechtsanwälte mache es sich zur Aufgabe, für die Ideen und die Arbeiten des Räterebundes, der großartigsten Rechtschöpfung der letzten Jahre, einzutreten.







# Die Gasexplosion am Wedding.

## Die Ursache noch immer ungeklärt.



Die Ruine des explodierten Gasbehälters.

Die Unglücksstätte in der Sellenstraße war gestern nachmittag, genau wie am Sonntag, das Ziel vieler Tausende von Schaulustigen. Ein fast endloser Menschenzug besilberte an dem Ort der Zerstörung vorbei. Die Straße ist inzwischen in vollem Umfang für den Verkehr von der Polizei wieder freigegeben worden. Lediglich einige Schupobeamte sind noch vor dem Gaswerk ständig postiert und achten darauf, daß kein Unbefugter das Gebäude betritt. Die starke, etwa zwei Meter hohe Mauer, die früher jede Sicht auf das Hintergelände nahm, ist gleichfalls auf eine Länge von etwa 80 Metern zertrümmert, nur einige Steinstücke stehen noch.

Gestern mittag hat auch die Feuerwehr ihre Arbeiten an der Unfallstelle eingestellt. Rings um den Explosionsherd sieht es noch immer recht müßig aus. Von dem stehengebliebenen Fundament des Gebäudes hängen lange Eiszapfen herunter, die sich bei den Beseitigungsarbeiten gebildet haben. Nur schwer kann man sich durch das Geröll und die Steintrümmer einen Weg bahnen. Dazwischen liegen zerstückte Eisenträger, die zum Teil durch den Luftdruck spiralartig zerbogen sind. — Von der Staatsanwaltschaft sind die weiteren Aufräumarbeiten freigegeben worden, da festzustellen scheint, daß von keiner Seite ein Verschulden vorliegt, das zu der Explosion mit ihrer verheerenden Wirkung geführt hat. Wie weiter ermittelt wurde, ist der Gasbehälter selbst nicht explodiert. Vielmehr haben sich zwischen dem Gaskanal und der Ummauerung Gase angesammelt, die sich aus noch ungeklärter Ursache entzündeten und das ganze Gebäude auseinanderriß. Genaueres hat sich aber nicht feststellen lassen. Vielleicht gibt die Untersuchung im Verlaufe der Aufräumarbeiten nähere Aufschlüsse über die tatsächliche Ursache. Doch beispielsweise in der Konstruktion des Gaskanals ein Fehler vorgelegen habe, scheint so gut wie ausgeschlossen. Die Anlage wurde im Jahre 1884 errichtet und hat niemals Anlaß zu irgendwelchen Mängeln oder Beanstandungen gegeben. Die Möglichkeit ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß die eiserne Hülle durch den außergewöhnlich starken Frost in Mitleidenschaft gezogen und rissig geworden ist; hierauf wird bei der näheren Untersuchung besonderes Augenmerk gerichtet werden. — Die kleineren Schäden, die an

den benachbarten Wohnhäusern angerichtet wurden, sind im Laufe des gestrigen Tages zum großen Teil, schon behoben worden.

### Der Gasbehälter wird nicht wieder aufgebaut.

Im Laufe des gestrigen Montags fanden bei den Städtischen Gaswerken mehrere Besprechungen hervorragender Sachverständiger mit den Ingenieuren der Werke über die wahrscheinlichen Gründe, die zu der Explosion des Hilfsgasometers führten, statt. Dabei wurde die Frage erörtert, ob man das Bauwerk neu errichten solle oder nicht. Angesichts der ziemlich erheblichen Kosten, vor allen Dingen aber auch aus dem Grunde, weil man derartige Anlagen nach Möglichkeit nicht mehr in stark besiedelten Gegenden errichten will, kamen die Ingenieure zu der Ansicht, daß der Hilfsgasometer durch andere Maßnahmen ersetzt werden soll. Man will durch Einschaltung von Pumpen den Gasdruck verstärken, so daß für die Innenstadt keineswegs eine Verringerung der Gaslieferung stattfinden wird. Der Schaden, der den Gaswerken durch die Explosion am Sonntag erwachsen ist, wird auf etwa 200000 bis 250000 Mark geschätzt. Hierzu kommen allerdings noch die Forderungen, die von den geschädigten Privatleuten gestellt werden. Die Gaswerke haben sich deswegen bereits mit der Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaft in Verbindung gesetzt, um zunächst für den Ersatz der besetzten Fenster Scheiben Sorge zu tragen. Ferner sind den Familien, die bis

zum gestrigen Montag in den kalten Räumen ohne Glas Scheiben sitzen mußten, mehrere Zentner Kohle und Holz, gewissermaßen als vorläufiger Ausgleich, überwiesen worden.

Da ferner mit der Gefahr zu rechnen ist, daß sich unter den Schutzmassen und in dem Wasserbehälter noch größere Gas-mengen befinden, ist von der Direktion angeordnet worden, daß die mit den Aufräumarbeiten betrauten Techniker mit größter Vorsicht vorgehen sollen. Die Anwendung von Sauerstoffschneidbrennern ist vorläufig gänzlich untersagt, um nachträgliche Explosionen zu verhindern. Aus diesem Grunde darf auch das in der „Tasse“ eingefrorene Wasser nicht durch offene Feueranlagen, Kohlsörbe usw. aufgetaut werden. Vielmehr soll die Eisdecke, die sich dort gebildet hat, lediglich durch Ausschüttung von Kalk und Sahn beseitigt werden.

### Und die Entschädigung?

Bzüglich der Entschädigung fürchten die betroffenen Geschäftsleute und Mieter, daß ihre Erledigung sehr lange auf sich warten lassen wird. Schon jetzt erklären die Gaswerke, daß die Berliner Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaft, die die Haftung für die Gaswerke übernommen hat, erst die Gutachten der Sachverständigenkommission abwarten will, ehe sie sich zu Entschädigungen entschließt. Nach den Erfahrungen des Hausseinsurzes in der Landsberger Allee können in diesem Falle wieder Jahre vergehen, ehe eine Entscheidung zugunsten oder zuungunsten der Geschädigten erfolgen wird.

## Die Rundfunkhelden vor Gericht.

### Prozess vor dem Amtsgericht Neutölln.

Heute vormittag findet vor dem Amtsgericht Neutölln der Prozess gegen die drei Kommunisten Scherlinsky, Peuke und Dr. Frank statt, die im Oktober den „Vorwärts“-Redakteur Wolfgang Schwarz in ein Auto gelockt und mit Revolvern bedroht hatten, damit an seiner Stelle der kommunistische Landtagsabgeordnete Schutz eine Rede für das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzer halten konnte. Peuke und Scherlinsky befinden sich auf freiem Fuß, Dr. Frank ist, weil er Ausländer ist und in Berlin unter falschem Namen angemeldet war, in Haft gehalten. Die Anklage ist wegen Freiheitsberaubung und Nötigung durch Bedrohung mit Erschießen erhoben worden.

## Dachstuhlbrand in Charlottenburg.

### Um ein Haar im Fahrstuhl erstickt.

Durch Unvorsichtigkeit bei Aufräumarbeiten entstand gestern nachmittag in einem Badener Schlag des Hauses Kastanienallee 25 in Charlottenburg Feuer. Sofort vorgenommene Löscharbeiten waren ohne Erfolg und als die armliebende Feuerwehr mit drei Jägern eintraf, brannte bereits der Dachstuhl in einer Länge von 15 Metern lichterloh. Durch Rauchschluck in der Hausleitung brach gestern abend in dem Keller einer Apotheke unter den Linden 53 Feuer aus. Gleichzeitig blieb der Personenaufzug, in dem sich eine Frau und ein junger Mann befanden, zwischen dem 2. und 3. Stockwerk stecken. Die Rauchgase drangen in den Fahrstuhlschacht und brachten die beiden Menschen in Erstickungsgefahr. Die Tür zum Schacht mußte eingeschlagen und der Fahrstuhl hochgehoben werden. Die beiden Personen waren durch die Einwirkung der Rauchgase schon stark benommen. Sie wurden mit Sauerstoff behandelt und konnten sich bald wieder erholen.



Wohnzimmer der Familie Mager, dem Explosionsherd am nächsten gelegen.

# Der Aufruhr des schiefen Calm

27]

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Mostar

„Jawohl, Hoheit, nur deswegen,“ stotterte der Kammerherr. Er war sahl, seine Backen hingen zitternd — zum erstenmal hatte er des Herzogs Wahndee ausgenüßt, statt sie, wie immer bisher, vorsichtig zu bekämpfen.

„Er hat ja recht,“ überprüfte der Herzog Kugelgens Gründe. „Er wird immer unruhig, der Käfer, in dem Kärm hier, und immer in der schlechten Stubenluft. Wenn ich einmal draußen bin, ist er immer ganz ruhig. Dann habe ich ihn eigentlich ganz gern. Das kribbelt nur so ganz leise, wenn er die Gehirnwindungen entlangläuft. Das ist ganz angenehm.“

Er sah der Reihe nach die drei an, die schwiegen.

„Dort in Quecksilber sind Bäume und Wiesen mit anderen Käfern. Das ist natürlich besser für ihn. Da wird er vielleicht herausgehen und wegfiegen, meint Kugelgen.“ Er überlegte eine Weile. „Das heißt, wenn er überhaupt fliegen kann... Eigentlich weiß ich gar nicht, ob ich das wünschen soll. Er macht mir ja Schmerzen, gewiß — aber das ist nur wegen Euch, wegen der Wirrheit und Aufgeregtheit, die immer um Euch herum ist. Sonst habe ich mich schon an ihn gewöhnt. Ich habe richtig ein bißchen Angst vor der Zeit, wo er weg sein wird.“

„Das wird doch Eurer Hoheit so viel Erleichterung bringen! warf Kugelgen ein, mit Tränen kämpfend.“

Alexander Carl beachtete den Einwand nicht. Er drehte die Augen nach oben, als könne er über die Brauen hinweg seine Stirn sehen. „Wenn ich so nach oben schaue, ganz nach oben, kann ich ihn manchmal sehen. Das heißt nur seinen Kopf. Er hat zwei ganz lange silberne Fühler. Seine Flügeldecken müssen golden sein, glaube ich. Es ist ein hübsches Tierchen... Ja. — Was haben Sie da für ein Papier, Trosegl?“

„Eine Vollmacht, Hoheit. Sie wäre noch zu unterschreiben.“

„Schon wieder!“ Er griff zur Stirn: „Sehn Sie, er

beginnt schon wieder herumzurennen — da — sehen Sie? geht dort...“

„Es handelt sich —“

„Ich will gar nicht wissen, um was es sich handelt. Es ist bestimmt die einzige? Ja? Geben Sie her!“

Er unterschrieb, stand auf, lächelte: „Gleich wird er wieder ruhig. Manchmal sieht er hier zum Ohr hinous, mit kugligen, bläulich schimmernden Käferaugen. Aber wenn ich dann rasch zusaffe, sehen Sie, so! — dann ist er gleich wieder weg... Ich merke nur noch ein Kitzeln an den Fingerspitzen von seinen Fühlern, oder zuweilen etwas Kribbeln, das ist sein Kopf, wissen Sie...“

Kugelgen würgte es bitter in der Kehle: „Also kommen Sie, Hoheit, der Wagen wartet!“

„Gleich, gleich, Kugelgen. Du kommst nach, Friederike? Gut, gut. Dann fahre ich nur mit Kugelgen? Sie sind doch der einzige, der das versteht mit dem Käfer, lieber Kugelgen. Die anderen stehen herum und schweigen, und wenn ich mich umdrehe, grinsen sie! Die Menschen sind dumm, Kugelgen. Viel dümmer, als sie immer glauben. Sie habens zu sehr mit der Wirklichkeit, die Menschen.“ Er ging zur Tür und sah Trosegl und Friederike, die nebeneinander standen, mit dem dunklen, tiefen Blick an, mit dem er sie oft betrachtete, wenn er sie zusammen sah. Etwas litt in diesem Blick, und etwas lächelte.

Er trat noch einmal ins Zimmer zurück, vor Trosegl, der die Vollmacht sorgfältig in der Luft schwebend hielt, damit die Unterschrift nicht verwische. „Nicht wahr, Trosegl — Sie werden den Leuten sagen, daß ich nur um ihrer selbst willen gegangen bin, und — und um seinetwillen?“ Er zeigte wieder auf seine Stirn.

„Gewiß, Hoheit, gewiß.“

„Und daß ich gleich wiedertomme? Sobald er heraus ist? Und Sie werden die Leute in Ruhe lassen?“

„Selbstverständlich, Hoheit. Ich werde das möglichste tun. Es wird bestimmt nicht lange dauern.“

Kugelgen biß der Ekel im Halse: der Ekel vor Trosegl, vor Friederike, vor sich selbst. Er nahm des Herzogs Hand. „Kommen Sie, kommen Sie, Hoheit!“

Alexander Carl winkte, wieder mit dem langen, dunklen Blick, wandte sich und ging.

Trosegl und Friederike traten ans Fenster. Die Herzogin blickte auf den Hof, verfolgte mit rätselhaftem Lächeln das Herausstreiten des Herzogs aus dem Tor, das Einstiegen in den leise schwankenden Wagen — Kugelgen vermochte nicht zu helfen, er sah aus wie ein Greis, sein Kinn zitterte.

Trosegl sah nicht hinunter. Er blickte auf die Frau an seiner Seite. Erschreckt fühlte er, wie der Schauer seiner Sinnlichkeit ihm die Augen trübte. Seit jener Stunde am Stand hatte diese Frau ihn begehrt, Tag um Tag. Er hatte stand gehalten, — auch damals, als sie ihn zum Minister gemacht hatte. Für ihn war Liebe noch enger mit Ehrgeiz gepaart als für sie. Aber heute war der Rausch des nahen Erfolges prickelnd in ihm, trieb die monatelange Spannung der Nerven zur sinnlichen Lösung; der Leib wollte den Sieg des Verstandes feiern...

Der Wagen unten fuhr durch das Tor.

„Er tut mir leid,“ sagte Friederike leise.

Trosegl wollte mit gleichmütigem Achselzucken seine Erregung niederzwingen. Gerade heute mußte er kühl, überlegt sein, gerade heute! In anderthalb Stunden stand er vor dem Landtag... Er wandte den Blick von ihr. „Es geschieht im Interesse des Landes.“

In ihrem vernachlässigten Leibe stieg wieder das Begehren heiß und rauchend auf. „Im Interesse des Landes, natürlich. Und —?“ Sie sah ihn an, suchte seinen Blick.

„In anderthalb Stunden,“ sagte er sachlich, „fällt die Entscheidung. Die Vollmacht, die er eben unterschrieben hat, gibt mir jedes Recht. Auch das, gemeinsam mit dem Landtag die Entscheidung über die Regierungsform zu treffen.“

„Komm,“ sagte sie leise, ihre Stimme vibrierte, sie zog ihn mit sich. „Man sieht uns hier vom Hofe aus.“ Sie traten ans Fenster im Erkerzimmer, das auf Fluß und Land blickte.

„Es kann also auch,“ fuhr er gezwungen ruhig fort, „die Entscheidung über eine etwaige Regentenschaft getroffen werden: für die Zeit seiner Abwesenheit; das heißt für die Zeit seiner Krankheit; das heißt —“

„Für immer,“ ergänzte sie. Ihre weiße Hand legte sich auf seine Schulter. „Der Ritter vom Pfuhl ist Kanzler.“

Draußen trieb die Saale noch Eis, die Erde trug Schnee, aber aus den Bäumen blühten mit feuchtglänzenden Augen die Knospen. Trosegl wehrte sich gegen ihre heiße Hand, die sein Blut aufstauen ließ in die Stirn: die mußte kühl bleiben — mußte...

„In diesem Augenblick,“ sagte er hastig, „wird in der Stadt ausgehört, daß der Herzog flieht und sich unter den militärischen Schutz Preußens begibt. Wenn in anderthalb Stunden der Landtag zusammentritt, wissen die Abgeordneten, daß dem Minister von Trosegl die absolute Vollmacht für alle Regierungshandlungen übertragen ist.“

(Fortsetzung folgt.)







## Schutz vor Froschschäden

Während bisher der Kreis der Froschschädler und -erägerinnen immerhin ein beschränkter war, ist ihre Zahl in diesem ungewöhnlich strengen Winter ganz außerordentlich gestiegen. Und selbst gesunde, kräftige Menschen, die sonst ganz und gar nicht zu Froschschädigungen neigen, geraten in Gefahr, sich die Ohren, die Nase, die Finger und die Zehen zu erfrieren. Denn gerade die vom Herzen am weitesten entfernten Körperteile sind ganz besonders dem Erfrieren ausgesetzt. Die Kälteschäden auf der Haut ähneln übrigens stark den Verbrennungsercheinungen. Bei beiden unterscheidet man 3 Grade. Bei der ersten und mildesten Form der Erfrierung zeigt sich eine lebhaft rote Rötung — oftmals auch mit bläulichen Ton — die in der Wärme zu jucken und zu krabbeln, zu brennen und zu schmerzen pflegt. Der zweite Grad der örtlichen Erfrierung ist durch Rötung und Blasenbildung gekennzeichnet. Beim dritten und schwersten Grade kommt es zum Absterben des Gewebes.

Die Verhütung von Erfrierungsercheinungen auf der Haut ist im großen und ganzen recht einfach. Vor allem gilt es, für warme Kleidung zu sorgen; insbesondere für ausreichende Bedeckung der gefährdeten Körperteile durch Ohrenschützer, warmhaltende Strümpfe, Stiefel und Handschuhe; es ist jedoch darauf zu achten, daß der Blutkreislauf dadurch nicht gehemmt wird. Der zweite Grad der Erfrierung, der mit Blasenbildung einhergeht, wird vorzugsweise an den Füßen beobachtet. Denn der verdunstende Schweiß oder die verdampfte Flüssigkeit nachgewandener Füße entzieht der Haut noch in höherem Maße und noch schneller die Wärme, als es schon die kalte Lufttemperatur an und für sich tut. Kein Wunder, wenn es dann im „Fühmdrehen“ zu schmerzhaften Froschblasen kommt, die nicht selten platzen und sich dann zu hartnäckigen Froschgeschwüren entwickeln — dank dem Eindringen von Entzündungs- und Eitererregern in die entzündeten Risse. Es versteht sich von selbst, daß Personen, die an übermäßiger Schweißabsonderung der Füße leiden, knapps Schuhwerk vermeiden müssen und nur bequem sitzende Strümpfe und Schuhe tragen dürfen.

Bei grimmiger Kälte wird man das Ausgehen auf das Unvermeidlichste beschränken; Aufgabe der Verkehrsunternehmungen ist es, für gute Behelzung der elektrischen Bahnwagen, der Autobusse und der Straßenbahnwagen zu sorgen. Unschön ist es bisher noch nicht möglich gewesen, befriedigende Heizvorrichtungen in den Autos anzubringen. Wenn man schon gezwungen ist, sich im Freien aufzuhalten, soll man bei der außerordentlich niedrigen Temperatur möglichst nicht reben und nur durch die Nase atmen. Denn hierbei wird die eingeatmete Luft erst angewärmt, bevor sie in die empfindlichen tieferen Luftwege gelangt; diese Vorwärmung fehlt aber, wenn die Luft durch den Mund eingeatmet wird. Bei allen schwereren örtlichen Erfrierungen soll man sich davor hüten, die betroffenen Teile sofort der Wärme auszusetzen, da dann die Gefahr einer dauernden Schädigung besteht. Im Gegenteil — zunächst muß das erkrankte Glied mit Schnee oder mit möglichst kaltem Wasser abgerieben und frostitiert werden, bis der Blutkreislauf wieder einzusetzen beginnt. Dann erst darf dem erkrankten Teil allmählich steigend Wärme zugeführt werden.

Alle weiteren Maßnahmen — Infrarot, Balfame, Salben, Strohm- und sonstige physikalische Behandlungsmethoden — gehören in das Aufgabengebiet des Arztes; höchstens kann man bis zum Eintreffen der ärztlichen Hilfe, nachdem das erkrankte Glied aufgetaut ist, einen Baselineverband auflegen.

Dr. med. E. Mosbacher.

## Die Zuckerfabrik der Pflanze im Laboratorium nachgeahmt

Ein Rätsel der Natur, dem man bisher nicht auf die Spur kommen konnte, ist jetzt durch die moderne Wissenschaft gelöst worden. Dem Professor Baig von der Universität Liverpool ist es gelungen, die Umwandlung der Kohlenhydrate der Luft in Zucker, die von der Pflanze herorgebracht wird, im Laboratorium nachzuahmen. Wie in der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau“ berichtet wird, stellte sich bei den Forschungen heraus, daß bei der Einwirkung von Licht auf Kohlenhydrate die Beschaffenheit der Oberfläche eine viel größere Rolle spielt als die reduzierende Wirkung von Zusätzen. Zunächst wurde Zucker nur durch Einwirkung von ultraviolettem Licht auf Kohlenhydrate erhalten, die durch eine wässrige Aufschwemmung von reinem Aluminiumhydroxid strömte. Sehr viel wichtiger aber war die Erkenntnis, daß man auch mit Licht aus dem sichtbaren Teil des Spektrums die Bildung von Kohlenhydrate erzielen konnte, wenn man Aufschwemmungen von farbigen Karbonaten benutzte, wie z. B. von grünem Nickerkarbonat oder rotschwarzem Kobaltkarbonat. Diese Karbonate müssen aber ganz rein, besonders frei von Alkali sein, weil sonst die Wirkung des Lichts auf die durchperleende Kohlenhydrate vollständig ausbleiben kann.

Auf diese Weise ist es im Laboratorium gelungen, Kohlenhydrate direkt aus der Kohlenhydrate zu erhalten, und zwar durch ein Verfahren, das die Zuckerzeugung der lebenden Pflanze durchaus nachahmt. Es mußte eine sehr große Energie zur Umwandlung der Kohlenhydrate angewendet werden, die in zwei Teilen zugeführt wird, erstens durch die Oberfläche und dann durch das Licht. Der auf diesem Wege erhaltene Zucker ist eine physikalische Strömung, die Trauben- oder Fruchtzucker oder auch beides enthält. Sehr wichtig ist, daß die Feststellung der Notwendigkeit von so außerordentlich hohen Energiestufen bei der Umwandlung der Kohlenhydrate in Zucker für die Biochemie von größter Wichtigkeit sein wird. Es ergibt sich daraus, daß die nach so wenig erforderliche Chemie des Lebens überhaupt eine Chemie der hohen Energie ist, während man sich bisher bei den Versuchen im Laboratorium hauptsächlich auf die Chemie von niedriger Energie beschränkte. Vielleicht eröffnen uns diese neuen Versuche noch viel tiefere Einblicke in die geheimnisvollen Vorgänge des Lebens.

Eine neue Coelexpedition. Der Professor der Harvard-Universität, R. E. Odel, der Mitglied der letzten Expedition nach dem Coelex von 1924 war und als Leiter die beiden verunglückten Bergsteiger Mallory und Irvine sah, hat erklärt, daß die Vorbereitungen für ein neues britisches Unternehmen zur Bewingung des höchsten Berges der Welt im Gange sind. Die größte Schwierigkeit, die noch im Wege steht, ist die Weigerung des Dalai Lama von Tibet, seine Erlaubnis zu dem Aufstieg zu geben; er fürchtet nämlich, dadurch den Zorn der Gottheit zu erregen, die auf dem Gipfel des Coelex wohnt. Ihren Zorn wird in Tibet der Tod von Mallory und Irvine zugeschrieben. „Wir hoffen aber, diese Schwierigkeit bald überwinden zu haben,“ erklärte Prof. Odel.

## Dubarry und der Abenteurer

Kathleen Dubarry XV. im Mai 1774 an den Blattern gestorben war, zog sich die letzte und verschwendendste seiner Mätressen, Madame Dubarry, auf ihre Besitzung bei Louveciennes in der Nähe von Paris zurück. Sie war es, die dem Monarchen die blühende Kaiserin Katharine zugeführt hatte, von der sich die Kinderblattern auf Ludwig übertrugen. Wie Kell Gwynn, das Orangenmädchen, die Geliebte des zweiten Karl von England, war auch die Dubarry dunkler Herkunft, der Liebe eines Rands zu einem Mädchen entpfossen, aber die bezaubernde Gewalt ihrer Schönheit hatte sie, zwar nicht dem Monarchen nach, wohl aber in voller Wirklichkeit, zur Beherrscherin Frankreichs erhoben. Den Glanz des Hofes überstrahlte jahrelang der Juchenschein im Werte von Millionen, den sie zu den rauschenden Festlichkeiten anlegte. Ihr Hund trug ein Diademband, eine eingetragene Kostbarkeit. Staatsminister waren ihre Lakaien, Kardinal drängten sich um die Ehre, ihr die Pantoffeln holen zu dürfen, ihr schwarzer Bedienter Jamor konnte sich erlauben, in des Kanzlers Perücke Waiter zu verstellen, so daß der höchste Staatsminister ein Gegenstand tosenden Gelächters wurde. Mit dem Tode des kindlichen Greises Ludwig, der Frankreich finanziell vollends ruiniert, politisch isoliert hatte, war auch die Herrschaft des überlebenden Aufwands zu Ende. Aber noch immer blieb die Dubarry eine grande dame, Bestzerin von Schloßern und wertvollen Liegensschaften. Genau wie Kell Gwynn war sie von der Natur wunderschön ausgestattet und nicht nur lieblich anzusehen, sondern auch lebenswürdig in Art und Umgang, so daß die Dorfbewohner von Louveciennes, die wie die sämtliche Bauernschaft Frankreichs allen Grund zur Klage hatten, sie mit jubelnden Jubeln und strahlenden Gesichtern begrüßten, wenn sie in ihrer Karosse mit ihrem Hund, den beiden weißen Hunden und dem tintenschwarzen Begleiter vorbeifuhr.

Da kam die Revolution, und eines Tages riefte sich ein Fremder in einigen Zimmern der Dorfschenke ein. Um diesen Menschen wehte so etwas wie ein Geheimnis. Tagsüber war er selten zu sehen, des Nachts nur wäre seine schattenhafte Gestalt zu bemerken gewesen, wie ein Scherenschnitt und Partisan der Dubarry umschleichend. Der Mann sprach zwar die Landessprache mit der Geläufigkeit eines Volkfranzen, war aber trotzdem ein Ausländer, ein Engländer namens George Griese, ein Abenteurer wie er im Buche steht. Nachdem er vor Jahren den Vater, einen ehrbaren Anwalt der Stadt Annwid, verloren hatte, geriet er in Streit mit den Justizbeamten seiner Heimat wegen der väterlichen Hinterlassenschaft, irrommelte im Affekt — um sein Recht zu suchen, wie Michael Kohlhaas — eine Bande Desperados zusammen und brante das Zollhaus in Almoat nieder. Er mußte fliehen. Der Wind wehte ihn nach der Neuen Welt, wo er als Volksredner von Jäfern herunter für Freiheit und Unabhängigkeit eintrat. Dann landete er in Frankreich auf. Er war es müde geworden, auf Kosten seines Idealismus zu darben, und versuchte nun sein Glück auf gegenwärtige Weise. Er wurde Geniemaneinbrecher. Konnte er sich zu seinem ersten Coup einen besser geeigneten Ort aussuchen als das Schloß der reichlichen Gräfin Dubarry? Ihr Haus gleich der Wunderhöhle des Madin. Vom Keller bis zum Dachstuhl war es mit märchenhaften Schätzen angefüllt.

George Griese ließ zunächst seine Pläne sich ausreifen, dann packte er keine Belegenheit ab. Die kam in einer Januarnacht des Jahres 1791, als die Gräfin zu Besuch bei ihrem Freunde, dem Grafen de Brissac, in Paris weilte. Griese lockte mit zwei Komplizen, einem wogeläufigen Schulmeister mit Namen Rotondo und einem gewissen Blady, seines Zeichens Berufsplan, den Nachtwächter Botou in die Dorfschenke, wo sie ihm echt verschwörerhaft eine Droge in den vorgelegten Wein trüffelten, so daß er wie ein Klotz unter dem Wirtshausstisch liegen blieb. Dann erkletterten sie mittels einer Leiter den Balkon des Schlosses, brachen von dort in eine der

Schloßkammern ein, füllten die mitgebrachten Säcke mit Kostbarkeiten (zwei Millionen Franken sollen sie an Wert erbeutet haben) und verschwanden im Nachtdunkel.

Am nächsten Morgen bot das Haus eine Szene äußerster Verwirrung. Der Kammerdiener Morin sprengte mit der Hiebpost gen Paris, und am Nachmittag ratterte eine mit vier Pferden bespannte Kutsche in Louveciennes ein, mit der Gräfin, ihrem Juwelier und dem bekannnten Polizeipräsidenten Monsieur Alles, dazu als Eskorte ein Trupp herrlicher Grenadiere. Allein, die Soldaten sahten keine Räuber und der Detektiv erkundete keine Juwelen, die dem Juwelier zur Erkennung hätten vorgelegt werden können. Eine Belohnung von 2000 Livres wurde ausgesetzt, doch meldete sich vorerst kein Berechtigter. Da kam ein eigentümliches Gerücht auf. Man munkelte sich allenthalben zu, daß die Gräfin Dubarry höchst selber den Einbruch inszeniert, die Einbrecher in ihren Sack genommen hätte, um ihre Schätze vor dem Zugriff des Staates zu sichern. Der Urheber dieser Ausstreuung war George Griese, der ruhig weiter in der Dorfschenke wohnen blieb.

Einen Monat später wurden die Juwelen in London entdeckt, als sie einem jüdischen Händler namens Simon angeboten wurden. Durch die überaus wertvollen Stücke mißtrauisch gemacht, verständigte Simon die Polizei, die die Unterhändler festnahm. Der Raub selbst war in einer Londoner Bank vorsorglich deponiert. Die Dubarry und ihr Juwelier bemühten sich nach London und identifizierten dort die Juwelen als das Eigentum der Gräfin. Da der Diebstahl jedoch auf fremdem Boden ausgeführt worden war, weigerten sich die Behörden des auch sonst nicht immer ganz normalen Georg III., etwas von dem Raub ihres landklüchtigen Landsmannes herauszugeben. Simon bekam keine Belohnung, aber die Gräfin verblieben in der Hauptstadt keiner großbritannischen Majestät. Die Gräfin hatte ihre Kostbarkeiten, der Geniemaneinbrecher Griese sein Raubgut verloren.

Da erjann der Abenteurer ein neues, noch grandioseres Projekt. Er ersahen vor dem Wohlfahrtsausschuß und verlangte „im Namen der öffentlichen Moral“, daß die Gräfin guillotiniert werde. Der Ausschuß konnte keine Vergangenheit nicht, er gab ihm eine Handvoll Soldaten und eine unbefristete Vollmacht mit. Als er mit seinen Leuten vor dem Schloßpark von Louveciennes gesichtet wurde, floh die Gräfin schreckfroh durch die Anlagen und verbarg sich hinter einem Vorberbusch. Aber sie wurde bald entdeckt, in eine Postkutsche geworfen und nach Paris ins Gefängnis gebracht. Zum Tode verurteilt, starb sie keineswegs heldenhaft. Schreiend und um Gnade flehend wurde sie am 6. Dezember 1793 aufs Schafott gebracht und enthauptet.

In einem Roman der alten Schule wäre George Griese der verdienten Strafe anheimgelassen. Nicht so wollte es die Wirklichkeit: der Wohlfahrtsausschuß ernannte ihn zum Treuhänder des Schlosses mit dem Auftrag, die ausgesperrten Schätze öffentlich versteigern zu lassen. Aber ein Verkauf fand niemals statt. Mit Hilfe des schwarzen Jamor schmuggelte Griese alle Kostbarkeiten aus dem Schloß heraus und machte sie zu Geld. Nicht genug damit: da er die Nacht hatte, alle diejenigen, die ihm Hilfe und Auskunft verweigerten, am Leben zu stoßen, war er in der Lage, ein Blutbad unter den alten Dienern der Gräfin anzurichten, und das befragte er weidlich. In zwanzig Leute seiner Brut zum Opfer gefallen sein. Im Besitz seines schlechterwordenen Reichums starb George Griese sechzehn Jahre später in Brüssel, sein dunkelbläuliger Kampan Jamor war vorher elend in den Gassen von Paris umgelommen. Eine auf Kosten einer ganzen Nation reichgewordene Frau, das Luxusweibchen eines Fürsten, endete erniedrigt auf dem Schafott, ein Abenteurer inmitten der ihr abgestohlenen Pracht in einem Brunngemach. Wahrlich: die Wirklichkeit hat einen weiten Vorprung vor dem Roman!

Dr. A. W. H. n. r.

## M. Sostschenko: Geburtstagskind

Bis zum Dorfe Woty war es kaum mehr als drei Kilometer. Trotzdem wagte ich es nicht, den Weg zu Fuß zu machen: der Kot auf der Straße reichte einem buchstäblich bis an die Knie.

Gleich neben dem Bahnhof stand beim Genossenschaftshaus ein Bauernwagen. Ein älterer Bauer in einer Pelzmütze war gerade mit seinen Pferden beschäftigt.

„Fährst du vielleicht nach Woty?“ fragte ich ihn.

„Warum denn nicht,“ antwortete er, „aber umsonst kann ich es nicht tun; einen Rubel wirst du schon zahlen müssen, lieber Freund, der Weg ist heute sehr schlecht.“

Ich setzte mich in den Wagen und los ging es.

Der Weg war wirklich schauerhaft. Er sahien mit der genauen Berechnung angelegt zu sein, daß im Frühjahr alles Flüssige, was es auf den umliegenden Feldern gab, unfehlbar auf ihm zusammenlaufen mußte. Die Räder unjeres Wagens verschwanden fast in diesem unendlichen Kotmeer.

„So einen Dreck habe ich noch nie gesehen!“ rief ich aus.

„Ja, Wasser ist genug da,“ antwortete der Bauer gleichmütig.

Er sah auf dem Wagen ganz vorn, ließ seine Beine herunterhängen und schnalzte mit der Zunge. Das tat er den ganzen Weg ununterbrochen; denn sobald er auch nur für einen Augenblick mit dem Schnalzen aussetzte, blieb das Pferd unverzüglich stehen und bewegte bloß gutmütig seine Ohren.

Wir waren etwa hundert Schritte von der Genossenschaft entfernt, als man plötzlich hinter uns ein verzweifeltes Geschrei hörte. Eine Frau mit einem großen, grauen Tuch auf dem Kopf wartete in größter Eile durch den Schlamm hinter uns her, machte aufgetragte Bewegungen mit den Armen und schimpfte, was Platz hatte:

„Was glaubst du denn, du Schuft elender! Wen hast du denn da mitgenommen, du Hund! Was ist mir!“ Hier erhob sie ihre Stimme zu einem regelrechten Wufeln: „Ich erwarte dich nach, Gauner du!“

Mein Bauer lächelte in seinem Bart: „Die versteht sich aufs Schimpfen, was?“

„Was hat die denn?“ erkundigte ich mich.

„Weiß der Teufel!“ meinte der Bauer und schneuzte sich. „Mir scheint, sie will auch in den Wagen, hat sicher keine Lust, zu Fuß zu gehen.“

„Wo laß sie herein!“ schlug ich vor.

„Drei können nicht zugleich fahren bei dem Weg,“ erwiderte der Bauer, „das geht nicht.“

Die Frau hinter uns hob ihre Röcke und machte alle Anstrengungen, uns einzuholen. Trotzdem kam sie nur langsam vorwärts.

„Hast vielleicht mit ihr ausgemacht, daß du sie mitnimmst?“ fragte ich.

„Was soll ich da ausmachen,“ sagte der Bauer, „ist ja meine Frau, mit der werde ich doch nichts ausmachen.“

„Was du nicht sagst! Deine Frau?“ Ich war ganz erstaunt.

„Warum hast du sie denn in den Ort mitgenommen?“

„Ist halt mitgekommen, sie hat nämlich Geburtstag heute, wir sind halt einkaufend gefahren in den Konsumverein.“

Wir, dem Stadtmenschen, wurde es sehr riesig peinlich, im Wagen zu sitzen, um so mehr, als das Geburtstagskind hinter uns ihren Gemahl, mich und sogar meine Verwandten mit immer neuen Schimpfwörtern bedachte.

Ich reichte dem Bauer den Rubel und sagte: „Laß die Frau einsteigen, ich gehe zu Fuß.“

Er griff nach dem Geld und ohne die Mühe abzunehmen, ruckte er es irgendwo unter die Haare hin. Dann begann er wieder mit der Zunge zu schnalzen und fuhr weiter.

Ich ging tapfer nebenher und hielt mich am Wagen an, dann fragte ich: „Warum wartest du nicht auf sie?“

Der Bauer leuzte: „Geht nicht! Der Weg ist zu schlecht. Aber der geschieht ja nichts, die verträgt schon was.“

Ich stieg wieder in den Wagen und fuhr bis zum Dorfe. Ich war die ganze Zeit zerküßelt bemüht, mich weder um meinen Rutscher noch um sein Geburtstagskind zu kümmern.

Wuch der Bauer blieb stumm, und erst als wir angekommen waren, sagte er: „So ein Weg! Auch drei Rubel sind nicht zuviel dafür.“

Während ich mit ihm verrednete und mich nach dem Weg zum Gemeindegeld erkundigte, kam auch das Geburtstagskind an, triebend von Schweiß. Nichts ihre Röcke zurecht und ohne ihren Mann anzuschauen, fragte sie: „Soll ich ausladen, was?“

„Freilich ausladen!“ antwortete der Mann. „Sollen die Sachen vielleicht ewig da bleiben?“

Und die Frau machte sich an die Arbeit.

(Dank von T. Gorkow.)



## Illustrationen zur Konjunktur.

Professor Hirsch über Arbeitslosigkeit und vorausschauende Wirtschaftspolitik.

Professor Dr. Justus Hirsch hat in einem Artikel des „Berliner Tageblatt“ einige uns wesentlich erscheinende Gesichtspunkte zur Beurteilung der zurückliegenden beiden Hochkonjunkturjahre, der letzten Arbeitslosigkeit und zu ihrer Bekämpfung gegeben. Die Jahre 1927 und 1928 seien solche der höchsten Hochkonjunktur gewesen, wahrscheinlich einer Hochkonjunktur, wie sie Deutschlands Wirtschaft überhaupt noch in keinem anderen Zeitpunkt gehabt habe. Der Aufschwung, der nach dem Tiefpunkt von 1926 in der deutschen Wirtschaft einsetzte, sei ohne Beispiel.

Von Anfang 1927 bis November 1928 seien in die deutsche Produktion zusätzlich etwa 2 1/2 Millionen Menschen gekommen, wenn man die Schulenklassen hinzurechnet. Von den im Jahre 1927 gegenüber 1926 durchschnittlich mehr in Gewerbe, Handwerk und Industrie beschäftigten Personen seien an Produktionswerten 5 bis 5 1/2 Milliarden Mark mehr geschaffen worden, über den Nettoproduktionswert von 30 Milliarden des Jahres 1926 hinaus. Diese Zunahme sei ein Mehrfaches des Produktionswachses von 3 bis 4 Proz., den man in den Vereinigten Staaten voraussetze. Da im Jahre 1928 noch einmal eine Steigerung eingetreten ist, hätte diese Bewegung nicht dauernd sein können.

Im Vergleich zu den Konjunkturbewegungen der Vorkriegszeit, wo Hochkonjunktur eine industrielle Reservearmee von 100 000, Tiefkonjunktur eine solche von 500 000 übrig gelassen hätten, reiche nach den Erfahrungen der letzten Jahre selbst bei höchster Hochkonjunktur die Aufnahmekraft unserer Wirtschaft heute zur Aufnahme von etwa einer halben Million Menschen nicht aus, und jede Tiefkonjunktur bringe im Winter die Zahl der Beschäftigten auf 2 1/2 Millionen und sogar darüber. Nichtbeschäftigung von einer Million Menschen bedeute aber eine Minderproduktion und einen Wertverlust von 3 Milliarden Mark möglicher Arbeit im Jahre.

Sehr nachdrücklich fordert Professor Hirsch eine planmäßige Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit, für deren dauernd hohes Niveau es keinen vernünftigen Grund gebe. Die augenblickliche Arbeitsnot erfordere besondere Maßnahmen: schleunigte Auftragserteilung des absehbaren Material- und Leistungsbedarfs der öffentlichen Körperschaften, besonders bei Eisenbahn, Post, Straßenbahn, Wasser- und Elektrowirtschaft, die alsbaldige Ausarbeitung eines Wohnungsbauprogramms auf breiter Grundlage unter Einbeziehung größerer Anleihen, für deren Zinsen und Tilgung die Hauszinssteuereinkünfte auf länger hinaus zugrunde gelegt werden sollten. Endlich wird die Durchführung aller solcher Arbeiten, die auf die Dauer notwendig und zweifellos produktiv sind die weitgehende Erleichterung der Anleihebeschaffung für die öffentlichen Körperschaften gefordert, wobei die zentralen Stellen diesen geradezu (also nicht hindern, wie heute) mühten. „Arbeitslosigkeit ist die schlimmste Verschwendung!“ Nicht nur die Krisenfürsorge sei zu organisieren, sondern die Werteschaffung zur Steigerung der Kaufkraft, die nicht zum mindesten das deutsche Unternehmertum nötig habe.

### Im Geschäftsbericht der Thüringischen Staatsbank.

Der Geschäftsbericht der Thüringischen Staatsbank für 1928 macht einen interessanten Versuch, für das thüringische Staatsgebiet die Entwicklung der Konjunktur in den beiden letzten Jahren darzustellen. Für 270 000 Arbeiter der Metall- und Maschinen-, Textil-, Holz-, Spielwaren-, Porzellan-, Papier-, Buchdruck-, Nahrungs- und Genussmittel-, Glas- und Bekleidungsindustrie stellt sie das Verhältnis der Beschäftigung, der ausgezahlten Lohnsummen und den Fakturwerten der abgesetzten Erzeugnisse der betreffenden Industrien in Vergleich, gegenüber einem Anstieg von 100 Prozent für Mitte 1926 bis Mitte 1927.

Danach ergibt sich ein Höhepunkt der Beschäftigung der erfassten Arbeiter im Jahre 1928 mit 111,7 Proz. im Monat August, was gegenüber dem Höchstpunkt von September 1927 mit 113,6 Proz. nur eine Differenz von 1,9 Proz. bedeutet. Dementsprechend waren die ausgezahlten Lohnsummen ebenfalls im August 1928 mit 131 Proz. am höchsten, aber nur um 0,7 Proz. höher als im besten Monat 1927. An den ausgezahlten Lohnsummen gemessen, beträgt die Erhöhung der Einnahmen 1928 also nur den Bruchteil eines Prozentes. Der höchste Fakturwert lag 1928 mit 145,2 Proz. im September, im Jahre 1927 mit 148,4 Proz. ebenfalls im September. Bis September 1928 liegt also nur ein sehr geringfügiger Rückgang des Fakturwertes gegenüber 1927 vor, ein Zeichen für die Stärke der Konjunktur.

Im ganzen zeigt sich, daß in den besten Monaten der Beschäftigung und der Umsätze der Fakturwert auf 145,2, die Lohnsumme auf 131,0, die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf 111,7 Proz. gegenüber dem Durchschnitt von Mitte 1926 bis Mitte 1927 gestiegen war. Die erzeugten Werte sind also sehr viel schneller als die gezahlten Lohnsummen und die Zahl der Beschäftigten gestiegen. Diese Beobachtungen sind außerordentlich interessant, wenn sich auch darüber nichts sagen läßt, wie groß ihre Brauchbarkeit im allgemeinen und für Deutschland im ganzen ist.

Der Umsatz der Thüringischen Staatsbank ist 1928 auf 3,55 gegenüber 2,84 Milliarden im Vorjahr gestiegen. Aus dem Ueberschuß von 656 000 Mark bei einem Grundkapital von 1,5 Millionen werden 200 000 Mark an das Land Thüringen abgeführt.

### Die Kredite für die Siedlung.

Im Hauptauslaß des Preussischen Landtags führte Finanzminister Höpfer-Wischoff u. a. aus, daß das Siedlungswesen durch die Umwandlung der Zwischenkredite in Dauerkredite gefördert werde. Bisher seien für diese Zwecke jährlich 20 Millionen von Preußen und 50 Millionen vom Reich zur Verfügung gestellt worden. Die Landesrentenbank habe die Umwandlung der Zwischenkredite in endgültige Kredite in Angriff genommen und gebe jetzt Rentenbriefe mit 5prozentiger Verzinsung heraus. Der Siedler zahle für den Kredit aber nur 5 Proz. infolge einer Verbilligung durch den Staat. Diese Verbilligung müsse weiterhin gewährt werden.

# Sprengung eines Monopols?

## Der Kampf um die Röhrenproduktion.

In der Röhrenproduktion ist ein heftiger nationaler und internationaler Kampf entbrannt. Es geht um den Ausbau bzw. die Erhaltung der Kartelle. Während gegenwärtig das europäische Kartell durch den voraussichtlichen Zutritt der englisch-amerikanischen Gruppe eine weitere Festigung erfahren soll, ist in Deutschland selbst ein Konflikt ausgebrochen, der durch die Firma Krupp verursacht wurde. Es geht also um die Erhaltung des Monopols in Deutschland und um die Befestigung der monopolistischen Bestrebungen auf dem Weltmarkt.

### Der Röhrenverband unter der Fuchel des Stahlvereins.

Der Röhrenverband gehört in Deutschland zu den stärksten Fertigwarenverbänden. Er wurde im Jahre 1925 auf die Dauer von sieben Jahren errichtet. Zu ihm gehörten alle deutschen Röhrenhersteller. Vonlangem sind der Stahlverein und Mannesmann. Die Quotenverteilung ist folgende:

	Proz.		Proz.
Vereinigte Stahlwerke	50,9	Oberschlesische Eisenhütten	3,2
Mannesmann	17,9	Eisenschmelzer Bergwerksverein	2,6
Bresch- und Holzwerk Reisholz	8,4	Kammerich-Werke	1,5
Hahnische Werke	6,1	Halle'sche Röhrenwerke	0,7
Mitteldeutsche Stahlwerke	5,5	Maschinenfabr. u. Eisengießerei	
Reunkirchner Eisenwerke	3,6	Saaler-Leninggen	0,4
Rheinmetall	2,1		100

Da der Stahlverein mit dem Bresch- und Holzwerk Reisholz und den Mitteldeutschen Stahlwerken in enger Interessengemeinschaft steht und bei Mannesmann mit rund 12 Proz. des Aktienkapitals beteiligt ist, so kann man von der absoluten Beherrschung des Röhrenverbandes durch eine geschlossene Gruppe sprechen.

Durch die straffe Kartellierung ist die Preisentwicklung für Röhrenzeugnisse natürlich sehr günstig. Ueberdies scheint das Röhrengeschäft eine Zukunft zu haben. Die Gasversorgung, die Verflüssigung der Kohle und die sonstigen Wertstoffe der technischen Entwicklung deuten darauf hin, daß auf Jahre hinaus mit einem zufriedenstellenden Absatz gerechnet werden kann. Deshalb sind in der Röhrenproduktion die Kräfte immer wieder auftauchenden Konkurrenzfirmen zu unterdrücken.

### Der Kampf gegen die Außenleiter.

Das Röhrenkartell hat in dieser Beziehung bereits einiges geleistet. Zwei Aufsichtsratsmitglieder des Stahlvereins, Werner Carp und Fentener von Bifflingen (ein Holländer), waren an der Gründung der Stahlwerk Niederrhein-L.A. maßgebend beteiligt. Das Unternehmen sollte nach einem neuen Patent arbeiten und eine Kapazität von 100 000 Tonnen haben. Die beiden genannten Herren traten aus dem Aufsichtsrat des Stahlvereins aus, weil sich diese Extratur mit ihrer früheren Stellung nicht vereinigen ließ. Nach langem Kampfe gelang es, die Mehrheit des Aktienkapitals des neugegründeten Unternehmens aufzukäufen. Der Röhrenverband als Käufer verhinderte natürlich den Bau eines neuen Röhrenwerkes. Die beiden aus der Herde ausgebrochenen Schafe fehlten in den Aufsichtsrat des Röhrenvereins zurück.

Die Eisenhandelsfirma Albert Ottenheimer ging im Jahre 1927 dazu über, als Generalvertreter des englischen Röhrenwerkes Stewart u. Lyda Röhrenprodukte dieser Firma auf dem deutschen Markt zu vertreiben. Ottenheimer und der Stahlverein waren Eroberer des Marktanteils. Es kam zu einem Prozeß, und schließlich einigte man sich dahin, daß Ottenheimer in

die Liste der Werthändler eingetragen wurde und sich verpflichtete, die Produkte der englischen Firma nur nach Verbandspreisen zu verkaufen.

Die Schwelmer-Rainger Metallwerke nahmen ebenfalls die Produktion von Röhren auf. Der Röhrenverband übernahm das Werk, legte die Röhrenfabrikation still und verkaufte die noch brauchbaren Maschinen an die Mitglieder des Verbandes.

Die Benteler-Werke in Bielefeld standen mit dem Röhrenverband im Syndikatsverhältnis für warmgewalzte, nicht hingegen für kaltgezogene Röhre. Dem Werk gelang es, einen Reparationsauftrag durch Unterbietung des Syndikats zu erhalten. Es kam zu einem Prozeß, der vom Verband angestrengt wurde, und nachträglich zu einer Einigung. Ueber das Resultat ist nur soviel bekannt geworden, daß die Firma zu Verbandspreisen verkaufen will.

Sehr schwer wurde es dem deutschen Röhrenverband das holländische Stahlwerk De Maas in Roostrecht zum Nachgeben zu bringen. Der deutsche Röhrenverband übernahm nach längeren Verhandlungen von dem 1 Million Gulden betragenden Aktienkapital 501 000 Gulden. Den alten Anteilhabern wurde für 15 Jahre eine sechsprozentige Dividende garantiert. Der Handelsvollmachtigte des Stahlvereins in Holland war an dieser Aktion lebhaft beteiligt. Die Kosten dieser Transaktion sollen sich auf rund 800 000 Mark belaufen.

### Die Firma Krupp als Außenleiter.

Wir sehen also, daß es Schwierigkeiten machte, die neuen Außenleiter zu unterdrücken. Nun taucht eine neue Schwierigkeit auf, die beizubiegen, nicht so leicht sein dürfte. Die Firma Krupp in Essen will ein großes Röhrenwerk bauen, um ihre neu errichteten Hochöfenanlagen in Borbeck rationell auszunutzen. Bereits in der letzten Generalversammlung erklärte Herr Krupp von Bohlen-Halbach, daß die Firma gezwungen sei, neue Produkte in das Fabrikationsprogramm aufzunehmen.

Die Firma Krupp ist verbittert, weil ihr große Halbzeugbezieher verloren gegangen sind. Thyssen und der Phoenix sowie auch die Mannesmann-Werke hatten von Krupp Holzzeug in größeren Mengen bezogen. Durch den Anschluß der ersten beiden Firmen an die Vereinigten Stahlwerke ist der Halbzeugbezug von Krupp in Fortfall gekommen. Mannesmann hat selbst ein großes Hochöfenwerk für das benötigte Roheisen und Halbzeug in Hüdinger errichtet. Kein Wunder, daß Krupp bei der an sich günstigen Konkurrenzlage nun zu einem Gegenschlag ausholt.

Einen Gegner wie Krupp ohne weiteres aus der Kampfbahn zu verdrängen, dürfte nicht leicht sein. Die leitenden Leute von Krupp werden sich ihre Rohstoffe genau überlegt haben und zum äußersten Widerstand entschlossen sein. Will der Röhrenverband mit Krupp zu einer Einigung kommen, dann ist entweder der Aufwand sehr großer Kosten notwendig, oder Krupp erhält eine genügende Quote im Verband bzw. eine Kompensation auf anderem Gebiete. Es ist kein Geheimnis, daß die Firma Krupp zu den Kartellmitgliedern der Großindustriellen des Westens gehört. Die Gutehoffnungshütte und Krupp dürfte in dieser Beziehung an einem Strang ziehen. Sie möchten am liebsten, gemäß den Ausführungen der „Ruhr- und Rhein-Wirtschaftszeitung“, die Kartellrückstände abwerfen und den Kampf selbständig aufnehmen. Man muß daher diesem ersten Kampf im Ring des Röhrenverbandes mit Interesse entgegensehen.

Auf die Dauer wird es unmöglich sein, das straffe Monopol in der Röhrenzeugung aufrechtzuerhalten. So, es wäre ein volkswirtschaftlicher Segen, wenn die freie Jugluft der Konkurrenz die hohen Röhrenpreise absinken ließe. P. II.

## 110 Jahr Berliner Sparkasse.

### Jeder siebente Berliner ein Sparbuch.

Die Sparkasse der Stadt Berlin hat im vergangenen Jahr, dem 110. ihres Bestehens, eine starke Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Nach dem Geschäftsbericht sind die Spareinlagen insgesamt (einschl. der aufgewerteten Spareinlagen von 57,4 Millionen) um 111,3 auf 363,8 oder 57 Proz. gestiegen und die Sparkonten um 201 000 oder 47 Proz. auf 625 000. Während 1926 nur auf jeden vierzehnten Einwohner Berlins ein Sparbuch kam, traf Ende 1928 auf jeden siebenten Berliner ein Sparbuch.

Das Hypothekengeschäft wurde ausgebaut. Außer den 1927 bewilligten 25 Millionen Mark wurden 1928 weitere 21 Millionen der Privatwirtschaft als Hypotheken gewährt, und im Jahre 1929 sollen weitere 30 Millionen unter Bürgschaft der Stadt Berlin als Zuschypotheken mit 6,4 Proz. Zinsen und 98 Proz. Auszahlung zur Unterstützung der Berliner Wohnbauten zur Mietzinsentlastung für Neubauten bereitgestellt werden. Bis Ende 1928 hat die Sparkasse der Stadt Berlin 1424 Hypotheken im Gesamtbetrag von 97 Millionen Mark gewährt; im Jahre 1928 wurden 3133 Wohnungen durch Sparbüchenshypotheken finanziert. Die Zahl der Geschäftsstellen wuchs um 5 auf 70, die Zahl der Nebenstellen um 27 auf 287. Der Gesamtumsatz stieg von 3,9 auf 4,3 Milliarden, die Bilanzsumme erhöhte sich von 270 auf 372 Millionen. Auf den Kopf der Berliner Bevölkerung berechnete, ergab sich für Ende 1928 ein Durchschnittsguthaben von 71,57 Mark gegen 48,48 Mark ein Jahr vorher. Die Verwaltungsausgaben sind von 3,12 auf 3,88 gestiegen, der Betriebsüberschuß hat sich von 0,80 auf 1,73 Millionen erhöht.

In der Berliner Stadtbank — Sitzzentrale der Stadt Berlin —, die dem Bank- und Hypothekengeschäft und den Berliner Kommunalfinanzien dient, wurden durch Zwischenkredite 128 Bauvorhaben im Betrag von 27,6 Millionen Mark zur Errichtung von 4757 Wohnungen und 80 Bädern finanziert. Der Betriebsüberschuß ist von 1,30 auf 1,62 Millionen Mark gestiegen.

## Private Warenhäuser 1928.

### Um 12 Prozent gesteigerter Umsatz.

Die Gesamtumsätze der deutschen Warenhäuser im Jahre 1928 liegen 12 Proz. höher als während des Jahres 1927. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß namentlich im zweiten Halbjahr 1927 die Umsätze außerordentlich gestiegen waren. Im Berichtsjahr war die Umsatzentwicklung umgekehrt: das erste Halbjahr 1928 stellt den größeren Teil der Umsätze.

Bemerkenswert ist die Entwicklung der Warenhausumsätze im Jahre 1928 in den einzelnen Abteilungen. Die Steigerung des Umsatzes bei Nahrungs- und Genussmitteln ist mit 124,3 Proz. (1927 = 100) die größte. Es folgen Schuhwaren mit 119,7 Proz., sodann Hausrat und Möbel mit 112,1 Proz. Verhältnismäßig gering sind die Umsatzsteigerungen in der Gruppe Textilien, die schon während des ganzen Jahres sehr unterschiedlich waren, an Herrenwäsche wurden 107,8 Proz., an Wollwaren, Strickwaren usw. 104,4 Proz., an Herrenkonfektion 103,4 Proz., an Damenkonfektion 106,3 Proz. abgesetzt.

Die Pleite bei Mannesmann-Mislag. Die Motoren- und Lastwagen-Fabrik des Mannesmann-Konzerns in Aachen gehört zu denjenigen Unternehmungen, bei denen die vom Reich übernommene Kreditgarantie für das Reich zu schweren Verlusten geführt hat. In Jahre 1926 war ein Verlust von 10,9 Millionen Mark zu verzeichnen, worauf das Aktienkapital auf 3,5 Millionen herabgesetzt wurde. Im Jahre 1927 ergab sich ein neuer Verlust von einer Viertelmillion, und jetzt wird für 1928 bekannt, daß wieder das gesamte Aktienkapital von 3,5 Millionen als verloren anzusehen ist. Zum 12. März ist eine Generalversammlung einberufen, die über eine neue Sanierung beschließen soll. Das Grundkapital soll von 3,5 Millionen auf 50 000 M., also auf ein Siebtel zusammengelegt und bis auf 3 Millionen wieder erhöht werden.

Zuckerzollvorlage in Schweden abgelehnt. Nach einer längeren Aussprache lehnten die beiden Kammern des Reichstags in der Nacht zum Sonntag aus prinzipiellen Gründen den Vorschlag der Regierung ab, erhöhten Zollschutz für die Zuckerindustrie und die Zuckerzuckerfabrikanten ab.

Fordern Sie Behandlung mit

# Homöopathie

und in Apotheken



# Madaus

die wirksamen Originalabfüllungen







